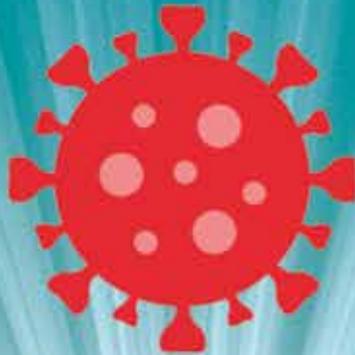


# KOMPETENZ

MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN, DRUCK, JOURNALISMUS, PAPIER



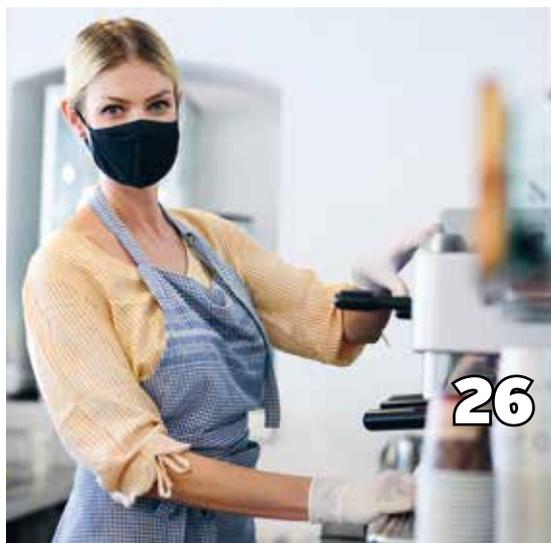


Illustration: Titelseite, S. 4; Peter M. Hoffmann, Foto: S. 10: Westend Verlag, Seite 20: Nurith Wagner-Strauss, S. 26: Adobe Stock Halfpoint

## KOMPETENZ Ausgabe 2/2020

- 3 EDITORIAL** von Martin Panholzer
- 4 Sicher mit deiner Gewerkschaft**  
Das Coronavirus hat unsere Gesellschaft radikal verändert. Wir zeigen, was es jetzt braucht, damit in der Krise niemand zurück bleibt.
- 8 Kollektivvertrag**  
Chemische Industrie
- 9 KOMMENTAR** von Barbara Teiber
- 10 „Jetzt alle Unternehmen und Beschäftigten durch die Krise tragen“**  
Die Ökonomin Ulrike Herrmann im KOMPETENZ-Interview
- 12 Hier wird jetzt neu gehandelt**  
Wie der Handel den Weg zurück in die „neue Normalität“ schafft
- 14 #Lostgeneration**  
Jugend ohne Job
- 15 FOTOGRAMM**  
Nur jeder zehnte hat eine Chance auf einen Job
- 16 Sonnen- und Schattenseiten**  
Wie Corona die Einstellung zum Home-Office verändert hat
- 18 „In der Krise kneift man nicht“**  
Josef Scheuchenegger, Betriebsratsvorsitzender der Firma Engel, über seine Erfahrungen mit Kurzarbeit
- 19 KURZMELDUNGEN**
- 20 Mit Teamgeist und Urlaubssperren durch die Krise**  
Jürgen Schamberger, Betriebsratsvorsitzender des Kolpinghauses, über seine Corona-Erlebnisse
- 22 Journalismus unter Corona-Einfluss**  
Wie die Krise die Medien verändert
- 24 FAKTENCHECK**  
ArbeitnehmerInnenschutz in Coronazeiten
- 26 RECHT**  
Arbeitsrecht in Zeiten von Corona
- 30 Konsumentenschutz**  
Reisen und Corona
- 31 Impressum**



## Sei dabei - sicher mit deiner Gewerkschaft

von Martin Panholzer

**D**ie Arbeit, sie bewegt die Welt!“, heißt es am Ende des Liedes der Arbeit, dem wohl bekanntesten Lied der österreichischen ArbeiterInnenbewegung.

Eine der Folgen der Corona-Krise ist, dass wir wieder stärker vor Augen geführt bekommen haben, wie wichtig Arbeit für das Funktionieren und den Zusammenhalt der Gesellschaft ist – nämlich gerade Arbeit, die in der Vergangenheit nicht jene Wertschätzung erfahren hat, die ihr eigentlich zustehen würde. Tätigkeiten, die oft verächtlich gemacht wurden, erfahren plötzlich Applaus und Wertschätzung. Wir haben in dieser Ausgabe der KOMPETENZ Menschen aus jenen Branchen zu Wort kommen lassen. Sie schildern hautnah, wie massiv sich die Pandemie auf die Arbeitsbedingungen ausgewirkt hat und wie schwierig es oft war, den Betrieb aufrecht zu erhalten.

Klar wurde in der Krise auch, wie wichtig ein entwickelter Sozialstaat und ein funktionierendes Gesundheitssystem sind und dass sozialpartnerschaftliche Lösungskompetenz plötzlich wieder gefragt ist – etwa bei der Etablierung des Kurzarbeitsmodells.

Die Frage ist: Was macht die Gesellschaft, was macht die Politik mit diesen Erkenntnissen? Schaffen wir ein Wirtschaftssystem, das wieder stärker vom Gedanken der Solidarität und der Gerechtigkeit geprägt ist, in dem Superreiche und Großkonzerne – etwa im Onlinebereich, die gerade in der Krise ihre Gewinne sogar noch steigern konnten – ihre Beiträge zum Gemeinwohl leisten?

Diesen notwendigen Kurswechsel für mehr Gerechtigkeit wird es nicht im Selbstlauf geben. Auch nicht, wenn wir ihn herbeiwünschen und propagieren. Ganz wesentlich wird es auch davon abhängen, ob Organisationen wie Gewerkschaften ihre organisatorische und politische Stärke ausspielen können und weiter durchsetzungsstark bleiben. Eine aktuelle IFES-Befragung, deren Ergebnisse in dieser Ausgabe nachzulesen sind, zeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung die aktuellen Ziele der Gewerkschaften unterstützt.

Danke, dass Sie Teil unserer Gemeinschaft sind und werben Sie bitte dafür, unsere Ziele zu unterstützen. ●

### Martin Panholzer

ist Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit in der GPA-djp und Chefredakteur der KOMPETENZ.



# Sicher mit deiner Gewerkschaft

**Die COVID-19-Pandemie hat unser gesellschaftliches Zusammenlebens radikal verändert. Noch stecken wir mitten in einem großen Veränderungsprozess und wissen nicht, wie die Welt aussehen wird, wenn wieder so etwas wie Normalität einzieht. Eines steht jedoch fest: Lösungen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen, müssen vom Geist der Solidarität und Gerechtigkeit getragen sein.**

In der Phase des Zurückfahrens unserer Wirtschaft hat sich gezeigt, welche Berufe und Tätigkeiten für das Aufrechterhalten des Systems besonders wichtig sind. Es waren die Beschäftigten im Gesundheitssystem, im Handel, im Transport und in der Produktion lebensnotwendiger Güter, die das Land am Laufen gehalten haben. Der Applaus für ihre Leistungen war mehr als gerechtfertigt. Gerade unter diesen Beschäftigten befinden sich viele Menschen mit unterdurchschnittlichen Einkommen - viele davon sind Frauen. Sie brauchen mehr als Applaus, nämlich eine Anerkennung, die sich auch in einem nachhaltig höheren Einkommen manifestiert.

#### **SOZIALSTAAT WICHTIG**

Länder mit einem hoch entwickelten Gesundheitssystem und Sozialstaat haben die Krise viel besser bewältigt als Länder, die aufgrund angeblicher Effizienzsteigerungen das System zurückgefahren und privatisiert haben. Die dramatischen Bilder eines völlig überlasteten Systems in den USA, in Großbritannien, Italien oder Frankreich werden wir nicht vergessen. Eine der Lehren der Coronakrise muss sein, mehr Geld und Ressourcen für ein öf-

fentliches Gesundheits- und Pflegesystem zur Verfügung zu stellen. Zweifellos war ein intaktes Gesundheitssystem ein Faktor dafür, dass Österreich die Pandemie vergleichsweise gut bewältigt. Bei den sozialen Folgen der Krise besteht akuter Handlungsbedarf: Mit einem Arbeitslosengeld von 55 Prozent des letzten Nettobezugs liegt Österreich im internationalen Vergleich am unteren Ende. Ein Arbeitslosengeld von 70 Prozent wäre ein wichtiger Schritt, um Armut und individuelle Notlagen zu vermeiden. Mehr Geld für Arbeitslose wäre aber auch wegen der gesamtwirtschaftlichen Effekte zur Nachfragesteigerung enorm wichtig.

#### **DER MARKT HAT VERSAGT**

Die Coronakrise hat uns vor Augen geführt, dass eine ausschließlich auf kurzfristigen Profit ausgerichtete Unternehmensstrategie nicht nachhaltig ist und Unternehmen ohne ausreichende Reserven am schnellsten gefährdet sind. Diese Defizite wurden in der aktuellen Krise schonungslos aufgezeigt, als etwa in Europa nicht in ausreichendem Maße Masken und Schutzausrüstungen vorhanden waren. Staatshilfen für Unternehmen müssen daher darauf ausgerichtet sein, ►►



► dass gesamtwirtschaftliche Ziele, auch ökologische, stärker in den Vordergrund gerückt werden. In gesellschaftlich wichtigen Unternehmen ist auch eine dauerhafte strategische Beteiligung des Staates sinnvoll. Zudem muss Österreich und auch Europa langfristig in die Ansiedlung von wirtschafts- und gesellschaftspolitisch wichtigen Produktionsbetrieben investieren, um die lebenswichtigen Güter vor Ort herstellen zu können und stabilere Lieferketten zu etablieren.

### VERMÖGENSSTEUERN

Um die Wirtschaft Europas wieder aufzubauen, werden in ganz Europa gigantische Summen an Geld investiert und Schulden aufgenommen. Derzeit können diese Schulden unter sehr günstigen Konditionen zurückgezahlt werden. Bereits jetzt müssen aber die Weichen dafür gestellt werden, dass die Finanzierung der jetzigen Maßnahmen verteilungsgerecht erfolgt. Steuererhöhungen nach der Krise dürfen nicht die Kaufkraft der Menschen schwächen. Daher sind Vermögenssteuern,

europaweit abgestimmte höhere Gewinnsteuern, die Besteuerung von Vermögenserträgen und Finanztransaktionen sowie fair ausgestaltete Ökosteuern sinnvoll. Die Gewerkschaften haben schon länger darauf verwiesen, dass mangelnde Verteilungsge-

Nach der Coronakrise wird das umso deutlicher.

### UND WAS TUN DIE GEWERKSCHAFTEN?

„Wir können mit Fug und Recht behaupten: Gewerkschaften haben einen enorm wichtigen Beitrag zur Krisenbewältigung geleistet. Sei es bei der raschen Umsetzung von entsprechenden Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten oder bei der Abwicklung des nun verlängerten Systems der Kurzarbeit,

**„GEWERKSCHAFTEN HABEN EINEN ENORM WICHTIGEN BEITRAG ZUR KRISENBEWÄLTIGUNG GELEISTET.“**

**BARBARA TEIBER**

das viele Menschen vor Kündigungen bewahrt hat“, bringt es GPA-djp-Vorsitzende Barbara Teiber auf den Punkt. Überhaupt gibt es Anzeichen, dass die Sozialpartnerschaft wieder eine stärkere Rolle bei der Gestaltung der Sozial- und Wirtschaftspolitik spielt.

Ob das dauerhaft so bleiben wird, hängt auch davon ab, ob es uns gelingt, unsere organisatorische Stärke und Unabhängigkeit zu bewahren. Der Erhalt eines funktionierenden Kollektivvertragssystems etwa ist enorm wichtig, um den Beschäftigten und der gesamten Wirtschaft Berechenbarkeit und Zukunftsgewissheit zu geben.

Es gilt die alte Weisheit: Schwierige Situationen bewältigt man gemeinsam und solidarisch besser als jede/r einzelne für sich allein. Warnten noch zum Jahreswechsel PolitikerInnen vor der „Renaissance kollektivistischer Ideen“ (Sebastian Kurz beim Weltwirtschaftsforum), so erleben wir heute angesichts einer weltweiten unvergleichbaren Krise genau diese Wiederkehr. Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit! ●

Martin Panholzer



# Höhere Steuern für Reiche und Konzerne

Eine von der GPA-djp in Auftrag gegebene Befragung des IFES-Instituts bestätigt, dass viele gewerkschaftliche Positionen breite Zustimmung erfahren.

## Finanzierung der Krise

Digitalsteuern für Unternehmen wie Amazon, die bis jetzt kaum Steuern in Österreich gezahlt haben.



Erbschafts- und Vermögenssteuer ab 1 Million Euro.



## Steuersenkung

Steuersenkung für kleine und mittlere Einkommen.



Steuersenkung auf Konzerngewinne.



■ Dafür
 ■ Dagegen
 ■ Keine Angaben





CHEMISCHE INDUSTRIE

## Aktionen trotz Corona in dutzenden Betrieben in ganz Österreich

Nach dem Scheitern der dritten Runde der Kollektivvertragsverhandlungen für die rund 45.000 Beschäftigten der Chemischen Industrie fanden in ganz Österreich in dutzenden Betrieben Protestaktionen statt. „Der Unmut der Beschäftigten über das Verhalten der Arbeitgeber und auch die Bereitschaft, weitere Aktionen zu setzen, kam eindrucksvoll zum Ausdruck. „Corona zwingt uns zum Abstand, aber die Branche der chemischen Industrie rückt näher zusammen“, sagen die Verhandlungsleiter Alfred Artmayer (PRO-GE) und Günther Gallistl (GPA-djp). Die Arbeitgeber boten zuletzt 1,45 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung und damit einen realen Einkommensverlust an. Bis jetzt (Redaktionsschluss) haben sich die Arbeitgeber nicht an den Verhandlungstisch zurückgegeben und es liegt kein neues Angebot der Arbeitgeber vor.

Für die Bewältigung der Krise können die ArbeitnehmerInnen nicht doppelt und dreifach zahlen, durch Kurzarbeit, Steuerleistung und Reallohnverluste. Wirtschaftlich ging es der Branche im letzten Jahr so gut wie selten zuvor. Auch Dividenden wurden und werden ausgeschüttet. Die Beschäftigten haben in dieser Zeit ein hohes Ausmaß an Flexibilität und großen Einsatz gezeigt und haben sich eine reale Einkommenserhöhung verdient. ●



# Eine Krise, tausend Facetten

Ein Kommentar von Barbara Teiber, Vorsitzende der GPA-djp

Mit diesen Worten könnte man die Corona-Krise beschreiben. Während es in den ersten Tagen vor allem um die Eindämmung der Pandemie ging, wurde schnell klar: Das Virus wird unvorhergesehene wirtschaftliche Auswirkungen haben.

Als Gewerkschaft haben wir von Beginn der Krise an unseren Beitrag geleistet. Gemeinsam mit der Arbeiterkammer hat der ÖGB eine Arbeitsrechts-Hotline samt zugehöriger Homepage innerhalb von Stunden auf die Beine gestellt. Gemeinsam mit

der Wirtschaftskammer haben wir die Corona-Kurzarbeit verhandelt und damit fürs Erste 1,3 Millionen Jobs gerettet. Für die Handelsangestellten konnten wir umfassende Schutzmaßnahmen durchsetzen, wie eingeschränkte Öffnungszeiten, Freistellung von Schwangeren, Plexiglasscheiben, Abstandsregelungen und Desinfektionsmittel. Für viele Pflegekräfte haben wir eine Corona-Zulage erreicht. Es ist viel gelungen.

Viele hatten schwere Schicksale zu bewältigen in den letzten Wochen und Monaten, sowohl menschlich wie auch beruflich. Klar ist: Gewerkschaftsmitglieder hatten

immer ein Ass im Ärmel. Überall wo es zu arbeitsrechtlichen Ungerechtigkeiten kam, haben wir unsere Mitglieder vertreten. Alle neuen Gesetze und Verordnungen wurden von uns geprüft und bewertet, wir haben der Politik Rückmeldung gegeben und Druck im Sinne der

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemacht.

Wir bleiben weiter dran, denn die Krise ist noch lange nicht vorbei. Auf die gesundheitliche Krise folgt eine soziale Krise, wie sie dieses Land selten erlebt hat. Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, eine

schwer angeschlagene Wirtschaft verlangen nach neuen Antworten und vor allem Taten. In einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts IFES sagen drei Viertel, dass starke Gewerkschaften wichtig sind, damit auch in einer Krise auf die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschaut wird. Vier von fünf meinen, dass die Gewerkschaften künftig eine wichtige Rolle spielen werden. Ebenso viele schätzen die Bedeutung der Sozialpartnerschaft als hoch ein. Wir bedanken uns für dieses Vertrauen und arbeiten hart daran, dem weiter gerecht zu werden. ●

**„IN EINER AKTUELLEN UMFRAGE SAGEN DREI VIERTEL, DASS STARKE GEWERKSCHAFTEN WICHTIG SIND.“**

**BARBARA TEIBER**

# „Jetzt alle Unternehmen und Beschäftigten durch die Krise tragen“

Die renommierte deutsche Wirtschaftsjournalistin Ulrike Herrmann plädiert im Interview mit der KOMPETENZ für einen starken Staat als „Blasebalg“.

**KOMPETENZ:** Stellt die Corona-Pandemie unseren kapitalistischen Lebensstil in Frage?

**Ulrike Herrmann:** Der Kapitalismus ist globalisiert und zudem darauf angewiesen, dass permanent produziert wird, so dass es keine Stockung in den Lieferketten gibt – beides findet im Augenblick nicht statt. Trotzdem werden wir auch nach Corona eine globalisierte Wirtschaft haben. Denn die Globalisierung macht die Produktion am billigsten. Bei fast allen Gütern und Dienstleistungen zählen die sogenannten Skalenerträge: Je mehr man herstellt, desto billiger wird es pro Stück. Also werden wir weiterhin sehr große Fabriken haben, die dann einen großen Weltmarkt beliefern müssen, damit sich diese großen Fabriken überhaupt rechnen.

**In Österreich werden Billigarbeitskräfte wie ErntehelferInnen aus der Ukraine und PflegerInnen aus Rumänien angekartt, weil sie offenbar kostengünstiger sind. Finden Sie das vertretbar?**

Egal, ob die Arbeitskräfte aus der Ukraine oder aus Österreich kommen – entscheidend ist, wie viel sie verdienen. Bei der Ernte und in der Pflege muss der österreichische Mindestlohn gezahlt werden und eigentlich mehr. Dann spricht nichts dagegen, dass Menschen aus dem Ausland hier arbeiten. Wenn aber die Pflegekräfte aus Osteuropa ausgebeutet werden,

ist das ein Skandal. Wenn man sie ordentlich bezahlt und sie anwirbt, um etwa die Lücke bei den Pflegekräften zu füllen, dann ist das tendenziell in Ordnung.

**Durch die Corona-Krise sind Armut und Arbeitslosigkeit deutlich gestiegen, viele Unternehmen werden vermutlich nicht überleben, speziell Ein-Personen-Unternehmen wünschen sich in Österreich wesentlich mehr staatliche Unterstützung. Was wäre jetzt aus sozio-ökonomischer Sicht zu tun, ist die diskutierte Steuersenkung ein richtiger Weg?**

Aus meiner Sicht wäre die richtige Strategie, alle Unternehmen und Beschäftigten durch die Krise zu schleppen.

**Durch staatliche Unterstützung?**

Ja. Jetzt ist es der falsche Moment, um als Staat zu sparen. Man müsste versuchen, alle Unternehmen – ob Restaurants, KünstlerInnen oder Großunternehmen – und eben alle Beschäftigten möglichst ohne große Verluste durch die Krise zu tragen. Dazu muss sich der Staat stark verschulden. Das ist an sich kein Problem. Länder wie Österreich oder Deutschland können im Augenblick fast beliebig viele Schulden aufnehmen: Die Zinsen sind bei null, und eine Inflation droht nicht – da kann man Geld ausschütten. Wenn man hingegen in einzelnen Branchen sparen



würde, hätte man anschließend das Problem, dass die Nachfrage fehlt. Oder dass Firmen und Solo-Selbstständige damit beschäftigt sind, die Notkredite zu bezahlen, die sie aufnehmen mussten, so dass sie nicht neu investieren können. Das alles behindert den Aufschwung.

**Wie soll der Staat langfristig helfen, soll es Ihrer Meinung nach etwa Verstaatlichungen geben?**

Ich bin keine Freundin von Verstaatlichungen. Ich halte es für eine schlechte Idee, die Produktion von Konsumgütern zu verstaatlichen; es gäbe keinen Grund, warum Österreich zum Beispiel die Auto-Zulieferindustrie verstaatlichen sollte. In Ost-Deutschland haben wir damit sehr schlechte Erfahrungen gemacht, in der DDR waren ja sogar die Imbissbuden staatlich. Das funktioniert nicht. Der Staat kann nur die Bereiche sinnvoll betreiben, wo die private Lösung eine schlechtere wäre. Dies gilt für die sogenannten „natürlichen Monopole“, wo es am billigsten ist, nur ein Netz zu haben, also bei der Eisenbahn, Elektrizität oder Wasserleitung. Oder auch für Branchen, wo die KundInnen erpressbar sind, bei Wohnungen und ganz besonders bei der Gesundheit.

Gesundheit ist das Wichtigste, das der Mensch hat. Die Menschen würden alles dafür ausgeben, um wieder gesund zu werden. Deshalb gibt es die staatliche Honorarverordnung für ÄrztInnen und die Pharmaindustrie, damit die Menschen nicht ausgeplündert werden. Ähnliches gilt für die Pflege: Hier kann es auch keinen Markt geben, sondern der Staat müsste dafür sorgen, dass die Alten angemessen versorgt werden. Private Pflegedienste lehne ich ab.

**In Diskussion ist derzeit vielerorts eine Vermögenssteuer. Wie stehen Sie dazu?**

Man muss das auseinanderhalten. Die Schulden, die ein Staat jetzt macht, um die Corona-Krise zu bewältigen, kann man nicht zurückzahlen. Dies ist kein Problem, weil die Zinsen fast bei null sind. Man darf jetzt nicht Steuern fordern nach dem Motto „damit zahlen wir die Schulden zurück“. So würde man die Wirtschaft wieder abwürgen, weil Nachfrage fehlen würde. Wenn man aber, sobald Corona vorbei ist, den Staat angemessen finanzieren möchte, ist ganz klar, dass die Reichen mehr zahlen müssen. Sowohl in Österreich wie in Deutschland zahlen Reiche re-

lativ zu ihrem Einkommen besonders wenig – das ist absurd.

**Beide Länder sind Verfechter eines staatlichen Null-Defizits. Ist das ein Denkfehler?**

Man kann die Staatsschulden nicht so betrachten, als wäre der Staat eine Firma. Die Idee der schwarzen Null ist, dass man sagt, Familien oder Betriebe dürfen sich auch nicht verschulden, also darf der Staat das ebenfalls nicht. Das ist der zentrale Denkfehler, weil der Staat keine Familie und kein Betrieb ist. Sondern er ist das Gegenüber, das in dieser Situation die Wirtschaft stabilisieren muss. Deswegen muss er wie ein Blasebalg arbeiten: Wenn die Wirtschaft sehr gut läuft und überhitzt, darf der Staat keine Schulden machen – das wäre ja ein Wahnsinn, wenn noch zusätzliche Nachfrage erzeugt

würde. Wenn man aber tendenziell in der Krise sitzt und die Kapazitäten nicht ausgenutzt sind, muss der Staat Schulden machen. Seit der Euro-Krise 2010 war Europa ständig asthmatisch und wirtschaftsschwach. In dieser Zeit hätte man Schulden machen müssen, stattdessen hat man die schwarze Null beschlossen. Das war totaler Unsinn.

**Das deutsche Höchstgericht hat jüngst dem EU-Höchstgericht widersprochen und kritisiert, dass die Europäische Zentralbank (EZB) Staatsanleihen kauft, ohne dies angemessen zu begründen. Sie haben das heftig kritisiert und befürworten Corona-Bonds, warum?**

Die Corona-Bonds wären Papiere, die von der Eurozone oder der EU gemeinsam ausgegeben würden, dahinter würde die gesamte Wirtschaftskraft der Eurozone oder der EU stehen. Es würde dafür kein Steuergeld fließen, wie das in Deutschland oder Österreich oft befürchtet wird. Sondern die Zinsen für diese Papiere wären sehr niedrig – auch in Italien und Spanien, so dass diese beiden Länder von einem Privileg profitieren, das Österreich und Deutschland ganz selbstverständlich für sich in Anspruch nehmen. Endlich würden gleiche Wettbewerbsbedingungen herrschen. Wenn man nämlich zulässt, dass es innerhalb der Währungsunion so hohe Zinsunterschiede gibt, sprengt man den Euro von innen. ●

Das Interview führte Heike Hausensteiner

**„DIE SCHULDEN, DIE EIN STAAT JETZT MACHT, UM DIE CORONA-KRISE ZU BEWÄLTIGEN, KANN MAN NICHT ZURÜCKZAHLEN.“**

**ULRIKE HERRMANN**

# Hier wird jetzt neu gehandelt

Die COVID-19-Krise hat von jedem Opfer verlangt. Langsam nähert sich der Alltag einer gewissen Normalität an. Für den Wiedereinstieg ins Berufsleben im Handel setzen sich Betriebsräte und Gewerkschaft mit viel Energie ein.



**D**as gab es noch nie – sieben Wochen stand im Land beinahe alles still. Auch die meisten Geschäfte abseits des Lebensmittelhandels waren davon betroffen. Um diese Krise abzufedern, vereinbarten die Sozialpartner gemeinsam mit der Regierung eine zeitlich befristete Kurzarbeitsregelung. Viele Arbeitsplätze konnten dadurch gerettet werden, rund 1,3 Millionen Beschäftigte haben davon profitiert. Anita Palkovich, Wirtschaftsbereichssekretärin der GPA-djp, erklärt: „Mit Kurzarbeit wird der Arbeitsplatz gesichert – als ArbeitnehmerIn bin ich neben zeitlicher Flexibilität auch bereit, auf einen Teil meines Einkommens zu verzichten, damit der Betrieb durch diese Krise steuern kann.“

Wie bei anderen Corona-Hilfsmaßnahmen auch, gab es bei der Kurzarbeit Probleme und Unklarheiten. Die nun bis Ende August verlängerte Regelung wurde nachgebessert. Dabei wurde die Berechnung vereinfacht, die Arbeit auf Abruf verboten (Unternehmer müssen jetzt zumindest drei Tage im Voraus eine Erhöhung des vereinbarten Arbeitszeitausmaßes bekanntgeben) und die Beschäftigten bekommen mindestens die tatsächlich geleistete Arbeit bezahlt. Auch haben alle Beschäftigten Anspruch auf eine Kopie der Sozialpartnervereinbarung

oder auf einen Kurzarbeits-Dienstzettel.

## SPÄTE INFORMATIONEN

Die Bundesregierung sorgte auch für viel unnötigen Stress, denn sie veröffentlichte ihre Verordnungen meist sehr spät. Das führte zu vielerlei Missverständnissen und großen Organisationsproblemen. „Am 30. April um 23 Uhr wurde die Verordnung zur Öffnung am 2. Mai verkündet“, erinnert sich Palkovich.

Für Monika Schöngruber, Betriebsrätin der Firma Sports Direct, war das Aufsperrn mit einer großen Portion Adrenalin verbunden: „Wir hatten sieben Wochen geschlossen und niemand wusste, ob wir gleich überrannt werden oder es ein entspannter Arbeitstag wird.“ Der enorme Zulauf bei der Öffnung überraschte: „Durch die Kurzarbeit hatten wir nicht die Ressourcen und mussten mit den wenigen Leuten Umsätze stemmen, die wir zuvor nicht hatten – der 2. Mai war besser als jeder Weihnachtssamstag“, erinnert sich Schöngruber, die im Headoffice am Standort Linz tätig ist. „Dort arbeite ich – obwohl freigestellt – stets mit, wenn Not am Mann oder der Frau ist.“ Für den Sportartikel-Diskonter hat sich verwirklicht, wovon andere Geschäfte immerhin geträumt haben: Die Umsätze sind höher als vor

der COVID-19-Pandemie. Doch das brachte die Belegschaft in kurzer Zeit an ihr Limit.

## QUÄLENDE MUND-NASEN-SCHUTZ

Sicherheitstechnische Ausrüstung wie Plexiglasabdeckungen, Handdesinfektionsmittel, Sprays und antiseptische Tücher für Bildschirme und Tastaturen wurden vom Unternehmen zur Verfügung gestellt. Allein, auch die ständige Nutzung der Schutzmaßnahmen, bringt das Verkaufspersonal an neue Grenzen. „Ständig mit der Maske im Verkauf zu arbeiten, das ist eine Katastrophe“, erklärt Schöngruber. „Speziell an den Kassen muss viel gesprochen werden – vom permanenten Tragen des Mund-Nasen-Schutzes hat eine Kollegin eine aufgeschürfte Nasenspitze und auch wenn sie alle zwei bis drei Stunden eine Pause macht, ist die Maske immer feucht.“

Da viele MitarbeiterInnen unglücklich mit den MNS-Masken waren, wurde im Betriebsrat beschlossen, so genannte Face Shields des österreichischen Unternehmens Rosenbauer zu ordern. „Unter den BetriebsrätInnen sind wir gut vernetzt und haben einfach angefragt“, ist Schöngruber erleichtert. Die Anschaffung wurde durch den Betriebsratsfonds finanziert, alle

MitarbeiterInnen, die ein Plexiglasvisier wollten, haben eines bekommen.

### KRAFTAKT FÜR BETRIEBSRÄTINNEN

Während des Corona-Shutdowns und den vielen Wochen der Ungewissheit, waren auch die BetriebsrätInnen besonders gefordert. Nicht anders ist es auch Ingrid Rindler, Betriebsratsvorsitzende einer großen Textilkette, ergangen. Seit dem 16. März hatte sie kaum Freizeit.

An den stressigsten Tagen hat sie um sechs Uhr morgens mit ihrer Arbeit begonnen: „Ich bin für beinahe 80 BetriebsrätInnen zuständig, musste sie alle mit ins Boot holen und natürlich gab es auch regelmäßig Telefonkonferenzen mit der Unternehmensleitung“, weiß Rindler. „Oft habe ich nicht einmal aufgelegt, da kam schon der nächste Anruf, und das letzte E-Mail des Tages habe ich meist um 22 Uhr geschrieben.“ Die Betriebsvereinbarung zur Kurzarbeit musste auf den Weg gebracht werden, doch die ständigen Neuerungen blockier-

ten den Abschluss. So konnten etwa zu Beginn der Pandemie die Anträge auf Corona-Kurzarbeit nicht gestellt werden, weil sie beim Arbeitsmarktservice für den Download nicht verfügbar waren. Daneben war es auch wichtig auf die Belegschaft zu schauen: „Wir BetriebsrätInnen haben jede Woche bei den MitarbeiterInnen angerufen und gefragt, wie es ihnen geht und ob sie etwas brauchen. Und wir haben sie darauf hingewiesen, dass sie bei Bedarf den Corona-Familienhärteausgleich nutzen können“, erzählt Rindler.

Intensiv war diese Zeit auch für Barbara Kreuzer, Betriebsrätin der Handelskette Pagro Diskont. Rund 2.100 MitarbeiterInnen arbeiten in Österreich für das Unternehmen, zu dem auch die Libro-Kette gehört. „Ich komme aus der Steiermark und muss permanent nach Guntramsdorf in die Zentrale fahren“, erklärt Kreuzer. Die Arbeitsabläufe haben sich seit der Öffnung am 2. Mai aber kaum geändert – freilich bis auf das Desinfizieren und

die MNS-Masken. „Viele Leute sind froh, dass sie wieder arbeiten können. Etwa 90 Prozent unserer MitarbeiterInnen arbeiten in Teilzeit“, macht Betriebsrätin Kreuzer, an die sich die Belegschaft auch mit privaten Problemen wendet, deutlich. „Es ist richtig schwierig, wenn MitarbeiterInnen zu mir kommen, die mit einer Lohnpfändung leben und deshalb umso mehr auf ihren gesamten Lohn angewiesen sind.“

GPA-djp-Expertin Anita Palkovich hofft, dass die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Handel sich auf Dauer in Grenzen halten: „Es muss aber Konjunkturmaßnahmen geben, damit der Handel sich in allen Bereichen stabilisieren kann.“ Dazu zählt auch der versprochene Corona-Tausender. Denn gerade viele Teilzeitbeschäftigte würden von ihm profitieren und das Geld direkt in den Konsum investieren. Davon profitiert wieder der Handel. ●

Christian Resei

## Bundesforum und Bundesfrauenforum 2020



Vom 17. bis 19. November 2020 findet das **GPA-djp-Bundesforum** im **Austria Center Vienna** statt.

Im Rahmen des Forums werden die inhaltlichen, strukturellen und personellen Weichen für die gewerkschaftspolitische Arbeit der nächsten fünf Jahre gestellt. Grundlage für die Beschlüsse sind die eingebrachten Anträge der Mitglieder und BetriebsrätInnen der GPA-djp.

Die Anträge zum Bundesforum stehen **Ende September** auf **www.gpa-djp.at** zum Download bereit.

Am 17. November 2020 findet, ebenfalls im **Austria Center Vienna**, das **GPA-djp Bundesfrauenforum 2020** statt.

Nähere Infos und Downloads dazu gibt es **Ende September** unter **www.gpa-djp.at/frauen**



# #Lostgeneration – Jugend ohne Job

Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich durch die Krise verdoppelt. Die Folge: eine verlorene Generation auf dem Arbeitsmarkt. Die Gewerkschaftsjugend schlägt Alarm.

Die Wirtschaftskrise in Folge der Corona-Pandemie ließ die Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen dramatisch ansteigen. Laut AMS sind über 80.000 junge Menschen unter 25 Jahren als arbeitslos gemeldet bzw. in einer Schulung des AMS.

„Das sind absolut alarmierende Zahlen, wir haben doppelt so viele Jugendliche ohne Job wie im Vorjahr, es fehlen 8.400 Lehrstellen und die Regierung hat bis jetzt noch viel zu wenig unternommen“, kritisiert Susanne Hofer, Vorsitzende der GPA-djp Jugend.

Die Gewerkschaftsjugend hat die Kampagne ‚#Lostgeneration – Jugend ohne Job‘ gestartet. Gefordert wird von der Bundesregierung ein Maßnahmenpaket gegen die drohende Ausbildungskatastrophe. Kernstück des Forderungspaketes ist die Schaffung eines Corona-Notausbildungsfonds von 140 Millionen Euro.

„Junge Menschen dürfen in dieser wichtigen Lebensphase nicht das Gefühl haben, dass sie niemand braucht. Die Regierung muss handeln, bevor es zu spät ist“, betont Hofer.

Als Reaktion auf die Kampagne verkündete die Regierung nun einen „Lehrlingsbonus“ von bis zu 2.000 Euro für jene Firmen, die Lehrlinge aufnehmen und ausbilden. Das wären bei 31.000 Lehrlingen im ersten Lehrjahr 62 Millionen Euro – nicht mal die Hälfte der geforderten 140 Millionen. „Der

Vorschlag der Regierung ist untauglich und wendet die Katastrophe nicht ab“, kritisiert Hofer. Sie fordert einen Runden Tisch, um dringend nötige Sofortmaßnahmen umzusetzen.

Bereits seit den 1990er-Jahren haben sich die Chancen junger Menschen am Arbeitsmarkt kontinuierlich verschlechtert. Die Corona-Krise hat diese Entwicklung nochmals massiv verstärkt. „In der aktuellen wirtschaftlichen Lage geht die Anzahl der freien Lehrstellen stark zurück“, erklärt Hofer. „Wenn nun auch noch im Juli die Schulabsolventen auf den Arbeitsmarkt drängen, führt das zu einer ‚Lost Generation‘ – einer Generation von jungen Menschen, die am Arbeitsmarkt keine Chance haben. Eine tickende Zeitbombe, die dringend entschärft werden muss!“

## FÜRS ARBEITSSYSTEM VERLOREN

Auch Johann Bacher, Soziologe an der Johannes Kepler Universität Linz, warnt vor dieser drohenden „Lost Generation“. Junge Menschen werden in einer Rezession meist als erstes entlassen. Die Zahl der Jugendlichen, die komplett für das Ausbildungs- und Arbeitssystem verloren sind, könnte um über 40 Prozent steigen, rechnet Bacher vor.

Die Kampagne ‚#Lostgeneration – Jugend ohne Job‘ fordert ein Maßnahmenpaket, das v.a. kleine und mittlere

Unternehmen bei der Ausbildung von Lehrlingen finanziell unterstützen soll. Die bisher dafür vorgesehenen 140 Millionen Euro sollen mit weiteren 140 Millionen aus dem Budget der Bundesregierung aufgestockt werden. Darüber hinaus muss ein eigener Fonds geschaffen werden, um eine qualitätsorientierte Lehrlingsausbildung auch in Zukunft garantieren zu können.

„Die Wirtschaft muss alle Kräfte aufbieten, damit mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden“, fordert Hofer. „Wir appellieren auch an große Ausbildungsbetriebe und an den öffentlichen Bereich, über Bedarf auszubilden. Die Regierung muss dafür verstärkt Anreize schaffen!“ Der Spruch der Regierung ‚Koste es, was es wolle‘ muss ganz besonders für die Jugend und die Lehrlinge gelten. „Denn nur so vermeiden wir enorme soziale Folgekosten und einen Fachkräftemangel, der in der Zukunft für die Wirtschaft zum Desaster würde.“

Barbara Lavaud

Kampagnenwebseite  
<https://jugendohnejob.com/>



# Nur jede/r 10 hat die Chance auf einen Job



## 517.221 Arbeitslose stehen 57.597 sofort verfügbaren offenen Stellen gegenüber.

Seit Mitte März ist die Arbeitslosigkeit in Österreich extrem angestiegen. Den Höhepunkt erreichte sie im April mit nahezu 600.000 Arbeitslosen und AMS-SchulungsteilnehmerInnen. Seitdem ist sie leicht zurückgegangen, aber immer noch um 50 Prozent höher als im Vorjahr. Stellt man die Zahl der Menschen ohne Job den offenen Stellen gegenüber, sieht man sofort, dass sich das nicht ausgehen kann: Auf zehn Arbeitslose kommt nur ein Stellenangebot. Dazu kommt, dass immer noch mehr als eine Million Beschäftigte in Kurzarbeit sind. Wie und ob es in diesen Unternehmen nach der Kurzarbeit weitergeht, ist längst noch nicht überall klar. Um eine soziale Krise abzufangen, brauchen wir daher rasch ein höheres Arbeitslosengeld. Eine Einmalzahlung von 450 Euro, wie von der Regierung geplant, ist zu wenig um arbeitslosen Menschen und Regierung nachhaltig zu helfen.



Julia Böhm ist stellvertretende Betriebsratsvorsitzende bei der Erste Bank, wo bereits 2004 eine Betriebsvereinbarung zum Arbeiten im Home-Office abgeschlossen wurde.

## Sonnen- und Schattenseiten

Viele Unternehmen haben im Zuge der Coronakrise gesehen, dass die MitarbeiterInnen im Home-Office ebenso effizient arbeiten können wie im Betrieb. Doch für die Beschäftigten ergeben sich aus dieser Arbeitssituation nicht nur Vorteile.

**H**ome-Office ist seit dem Shutdown zur Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus Mitte März in aller Munde. Viele, die schon vor Ausbruch der aktuellen Pandemie den Großteil ihres Arbeitstages am Schreibtisch und vor einem Computer verbrachten, wurde nun per Regierungsempfehlung vom Arbeitgeber gebeten, zu Hause zu arbeiten. Rasch waren neue Tools etabliert: von der morgendlichen Teambesprechung via Zoom bis zur Möglichkeit, auch von zu Hause aus auf für die Arbeit nötige Daten zuzugreifen. Aus Unternehmenssicht lief das in vielen Fällen sehr rasch sehr gut. Doch wie sieht das aus der Perspektive der Beschäftigten aus?

Wie eine IFES-Befragung von 2.200 Personen im April im Auftrag der Arbeiterkammer Wien zeigte, nutzten 42 Prozent der Befragten die Möglichkeit des Home-Office. Von jenen, die dies

nicht taten, war es 82 Prozent in ihrem Beruf überhaupt nicht möglich, dies zu tun.

Hoch war die Anzahl der von zu Hause aus Arbeitenden in den Bereichen Telekommunikation, IT und Medien, hier werkten ab Mitte März in mehr als zwei Drittel der Unternehmen so gut wie alle Beschäftigten im Home-Office. Weit weniger wurde dagegen naturgemäß in Industrie, Gewerbe und Produktion von zu Hause aus gearbeitet.

### UNGESTÖRTER ARBEITEN

Manches wurde von den nun im Home-Office Tätigen als angenehmer als bei der Arbeit im Betrieb empfunden. So gaben 56 Prozent der Befragten an, sie könnten im Home-Office ungestörter arbeiten als im Betrieb. Auch die Auswirkung des von zu Hause Werkens auf die Arbeitszufrieden-

heit war insgesamt hoch, 58 Prozent bezeichneten sie als sehr oder etwas positiv. Für 49 Prozent war die Möglichkeit, selbstbestimmt zu arbeiten, zu Hause höher als im Betrieb, 43 Prozent gaben hier „weder noch“ an.

Doch die Umfrage förderte auch Schattenseiten zu Tage: Während viele vom Arbeitgeber mit Notebooks ausgestattet wurden (66 Prozent), bekamen nur neun Prozent einen ergonomischen Schreibtischstuhl zur Verfügung gestellt und lediglich 13 Prozent einen Drucker. Die klare Trennung zwischen Arbeit und Freizeit gelingt 66 Prozent der Befragten im Betrieb besser, für 56 Prozent ist auch das Abstimmen von Arbeitsaufträgen mit KollegInnen und Vorgesetzten im Unternehmen leichter.

Die Umfrage spiegelt im Wesentlichen wieder, was auch Julia Böhm – sie ist stellvertretende Betriebsrats-

vorsitzende der Erste Bank – aus ihren Erfahrungen und einer Umfrage des Betriebsrats zum Arbeiten im Home-Office berichten kann. Die Erste Bank gehört in Österreich zu den Vorreitern in diesem Bereich: Schon 2004 wurde hier eine Betriebsvereinbarung zum mobilen Arbeiten abgeschlossen. Seit Jahren können MitarbeiterInnen in vielen Aufgabenbereichen, wenn sie dies wünschen, ein bis zwei Tage in der Woche von zu Hause aus tätig sein. Mit der Coronakrise arbeiteten ab Mitte März 95 Prozent der Beschäftigten im zentralen Bereich, aber auch sehr viele der MitarbeiterInnen in den Filialen von zu Hause. „Hier hat sich gezeigt, dass es auch im Filialbetrieb möglich ist, Dinge von zu Hause aus zu erledigen.“

#### **LANGFRISTIGE NACHTEILE BEDENKEN**

Dennoch meint Böhm: Seitens des Betriebsrats wird keinesfalls empfohlen, dass MitarbeiterInnen nur mehr von zu Hause aus arbeiten. Das sei in der Krisensituation eine gute Lösung gewesen – langfristig gelte es aber Dinge wie den fehlenden Teamaustausch, die Vereinzelung und das entgrenzte Arbeiten zu bedenken. „Man sitzt alleine zu Hause und kriegt viele Infos nicht mit.“ Wenn neue KollegInnen im Unternehmen zu arbeiten anfangen, sei es zum Beispiel wichtig, dass sie eine PatIn, und MentorIn vor Ort hätten. Und grundsätzlich sei der persönliche Austausch etwas, was zwar über Videokonferenz möglich sei, von Angesicht zu Angesicht aber doch besser funktioniere.

#### **BETRIEBSRAT GEFORDERT**

Noch eines gibt Böhm zu bedenken: schon jetzt bestehe in der Erste Bank das Desksharing. „Wenn der Dienstgeber nun auf die Idee kommt,

auf Grund der guten Erfahrungen mit dem Home-Office noch mehr an Platz, an Flächen zu sparen, dann wird man als Betriebsrat gefordert sein.“ Hier hakt auch Michael Gogola, Jurist in der GPA-djp, ein. „Viele Unternehmen, die sich bisher gegen das Home-Office gewehrt haben, sehen, dass die Leute zu Hause genauso effizient oder unter den passenden Bedingungen möglicherweise sogar effizienter arbeiten als im Betrieb. Da wird dann nachgedacht: Könnte man

**„WENN DER DIENSTGEBER NUN AUF DIE IDEE KOMMT, AUF GRUND DER GUTEN ERFAHRUNGEN MIT DEM HOME-OFFICE NOCH MEHR AN PLATZ ZU SPAREN, DANN WIRD MAN ALS BETRIEBSRAT GEFORDERT SEIN.“**

**JULIA BÖHM**

vielleicht Büroflächen einsparen?“ So werde versucht, einen Teil des wirtschaftlichen Risikos auf die MitarbeiterInnen abzuwälzen. Das betreffe dann auch Fragen wie: Wer kommt für die zu Hause verwendeten Druckerpatronen auf, wer für das Papier, wer zahlt die Internetverbindung, wer kümmert sich um einen ergonomischen Arbeitsplatz? Hier könnte eine Abgeltung in Form einer Pauschale eine Lösung sein.

#### **BETRIEBSVEREINBARUNG ZU HOME-OFFICE**

In jedem Fall ist es wichtig, dass die Rahmenbedingungen des Home-Office im Betrieb durch eine Betriebsvereinbarung geregelt werden, betont Gogola. Flankierend gibt es aber auch gesetzliche Maßnahmen, die man sich nun, da Home-Office durch die Coronakrise an Zulauf gewonnen habe, genau ansehen müsse. Positiv sei etwa der nun ausgeweitete Unfallversicherungsschutz auch für die Arbeit zu Hause. In seiner derzeitigen Form läuft er mit Jahresende aus, bei einer Verlängerung könnte man vielleicht noch klarer definieren, was in diesem Schutz alles erfasst ist und was nicht.

Aber auch das Thema Arbeitszeit – und deren Aufzeichnung – müsse man sich noch einmal genau ansehen. Die Abgrenzung von Arbeits- und Freizeit werde im Home-Office erschwert. Anders als im Betrieb muss beim Arbeiten zu Hause nur die Dauer der täglichen Arbeitszeit notiert werden, nicht aber deren genaue Lage. So kann es auch dazu kommen, dass Ruhezeiten nicht eingehalten werden, weil etwa jemand bis Mitternacht am Schreibtisch sitzt und morgens um sieben Uhr schon wieder. „Da bräuchte es ein objektives System, das garantiert, dass Mindestruhezeiten eingehalten werden.“

Alexia Weiss

#### **Home-Office-Studie von ÖGB und AK**

Die AK Wien wollte wissen, wie es den Beschäftigten im Home-Office geht, welche Probleme es gibt, aber auch welche Vorteile es mit sich bringt oder wie es um die technische Ausstattung bestellt ist und hat daher bei IFES eine Umfrage in Auftrag gegeben. Die gesamten Befragungsergebnisse und einen Überblick über die Schlüsse, die daraus zu ziehen sind, finden Sie auf der Website der Arbeiterkammer unter: [www.arbeiterkammer.at/homeoffice](http://www.arbeiterkammer.at/homeoffice)





# „In der Krise kneift man nicht!“

Josef Scheuchenegger, Betriebsratsvorsitzender des Spritzgießmaschinenproduzenten und Autoindustrie-Zulieferbetriebes Engel im Interview.

**KOMPETENZ:** Die Angestellten der Firma Engel sind seit 1. April in Kurzarbeit. Wie läuft es?

**Josef Scheuchenegger:** Die Kurzarbeit hat uns in der Krise sehr geholfen. Die gesamte Belegschaft – inklusive Leasingkräfte – konnte gehalten werden. Aktuell wickeln wir mit einem hohen Personalstand bestehende Aufträge ab.

**Lassen sich durch Kurzarbeit die Auftragsrückgänge abfangen?**

Wir stellen hauptsächlich Spritzgießmaschinen für die Automobilindustrie her, unsere Auftragslage ist daher stark an den Absatz am Automarkt gebunden. Auftragseinbrüche sehen wir seit Herbst letzten Jahres. Seit Weihnachten 2019 haben wir daher einen Sozialplan laufen. Das hilft uns zusätzlich, gut durch die Krise zu kommen. Auftragseinbrüche können aber langfristig nicht ausgeblendet werden.

**Wie hat das Unternehmen auf die COVID-19-Pandemie reagiert?**

Mitte Februar wurde eine eigene „Health Management Gruppe“, bestehend aus Führungskräften und BelegschaftsvertreterInnen, eingerichtet. So haben wir uns frühzeitig darauf vorbereitet, was passieren

kann, wenn das Virus auf unser Unternehmen trifft.

Am Sonntag, den 15. März wurde die Belegschaft des Stammwerkes Schwertberg vorsorglich nach Hause geschickt. Die Werke in St. Valentin und Dietach wurden nur Tage später geschlossen. Der Betrieb stand vier Wochen still, alle Werke waren bis 14. April geschlossen. Die KollegInnen aus der Werkstatt arbeiten zwecks Risikominimierung derzeit noch im Schichtbetrieb.

**Wie war es bei Büroangestellten?**

Wir haben im Stammwerk Schwertberg ca. 2.200 MitarbeiterInnen, an allen Standorten zusammen – inklusive Leasingkräfte – ca. 3.500 Beschäftigte. Wir haben es geschafft, alle 1.500 Büroangestellten innerhalb von 24 Stunden auf Home-Office umzustellen – mit aller Hardware. Die Konstrukteure haben ihre Arbeitsgeräte im Büro abgebaut, zuhause wieder aufgebaut und alles hat funktioniert.

**Wie war die Zusammenarbeit mit dem Management in dieser Zeit?**

Es gab ein sehr gutes Miteinander. Die Verhandlungen wurden über den Zentralbetriebsrat für alle Standorte geführt. Mit 1. April waren wir startklar und haben die

Kurzarbeit für alle Beschäftigten gestartet.

**Alles hat reibungslos geklappt?**

In Summe ja, wir haben die erste Stunden-Monatsabrechnung im April gut über die Runden gebracht. Wir haben in der Metallbranche eine gute Basis bestehender Regelungen. Bestehende Passagen des Kollektivvertrages und der Betriebsvereinbarungen in die Kurzarbeitsregelung hineinzuarbeiten war dennoch keine leichte Aufgabe.

**Wo hat es sich gespießt?**

Es war schwierig, die tatsächliche Auslastung in den jeweiligen Werkstandorten abzubilden. Einige stehen aufgrund der Auftragslage bei 50 Prozent, andere bei 70 Prozent Arbeitsleistung.

**Dein Resümee über die Krisenzeit?**

Diese Zeit ist irrsinnig anstrengend aber auch sehr gewinnbringend und lohnend. In Krisen kneift man nicht, da steht man vorne. ●

Das Interview führte Andrea Rogy

**ZUR PERSON:**

**Josef Scheuchenegger** ist seit 24 Jahren Betriebsratsvorsitzender in der Engel Gruppe. Der ausgebildete Techniker wohnt in Schwertberg. Privat unternimmt der verheiratete Familienvater viel mit seinen drei Kindern und sechs Enkelkindern.

## SOZIALVERSICHERUNG

### Reformbedarf bei Privatkliniken

**PRIKRAF.** Der private Krankenanstalten-Finanzierungs-Fonds (PRIKRAF) wurde im Jahr 2002 von der schwarzblauen Regierung ins Leben gerufen und unterstützt mit Beträgen von bis zu 150 Millionen Euro im Jahr ausschließlich Privatspitäler. Dieses Geld wäre gerade in diesen finanziell schwierigen Zeiten viel besser im öffentlichen Gesundheitssystem aufgehoben. Es ist daher dringend notwendig, diesen überflüssigen und undurchsichtigen Fonds umfassend zu reformieren oder, wenn eine Reform nicht gelingt, überhaupt abzuschaffen. Da die Krankenversicherungsträger den PRIKRAF zu annähernd 100 Prozent finanzieren, müssen sie auch entscheiden und kontrollieren können, was mit dem Geld im Fonds finanziert wird. Daher muss das PRIKRAF-Gremium auf VertreterInnen der KV-Träger reduziert werden. Der Bund soll wie in der gesamten Sozialversicherung ein Aufsichtsrecht bekommen. Die zusätzlichen 14,7 Millionen Euro, die jährlich durch Türkis-Blau an den PRIKRAF fließen sollen, müssen zurückgenommen werden. Privatspitäler müssen außerdem auch an der öffentlichen Gesundheitsversorgung zu Kassenta-



rifen mitwirken. Zusätzlich ist eine strenge Qualitätskontrolle der erbrachten Leistungen nötig. Es kommt immer wieder vor, dass PatientInnen aus Privatkliniken auf Grund von Komplikationen in öffentliche Spitäler überstellt werden müssen. Dann bezahlen die BeitragszahlerInnen doppelt. ●

## SONNTAGSÖFFNUNG

### 71 Prozent der ÖsterreicherInnen sind gegen eine Sonntagsöffnung im Handel

**Umfrage.** Nicht nur die Beschäftigten im Handel lehnen eine Sonntagsöffnung ab. Eine aktuelle Befragung des IFES-Instituts zeigt, dass auch in der Gesamtbevölkerung eine überwältigende Mehrheit von 71 Prozent nicht möchte, dass Geschäfte am Sonntag aufsperrten dürfen. „Es wäre absurd, für eine Beschäftigtengruppe, die Unglaubliches während der Corona-Krise geleistet hat, großteils Frauen, die Arbeitsbedingungen jetzt zu verschlechtern“, bringt es die GPA-djp-Vorsitzende Barbara Teiber auf den Punkt. „Die Menschen wissen auch sehr genau, dass durch die Sonntagsöffnung keine zusätzlichen Umsätze erzielt werden, sondern höchstens Umsatzverschiebungen stattfinden.“ ●





# Mit Teamgeist und Urlaubssperren durch die Krise

Fehlende Schutzausrüstung, geschlossene Grenzen und verunsicherte BewohnerInnen: Für die Beschäftigten im Kolpinghaus in Wien-Favoriten waren die vergangenen Monate keine leichten. Wenigstens wurde geklatscht.

**K**„Das Arbeits- und Sozialgericht wird in den nächsten Monaten und Jahren einiges aufzuarbeiten haben“, schätzt Jürgen Schamberger. Der 37-jährige ist seit 2006 Betriebsratsvorsitzender im Kolpinghaus „Gemeinsam leben“ in Wien-Favoriten. In den knapp eineinhalb Jahrzehnten hat Schamberger so einiges erlebt, „aber in dieser Krise ist vieles passiert, von dem ich nie geglaubt hätte, dass das möglich ist.“

198 Menschen leben im Kolpinghaus in stationärer Pflege, hinzu kommen 50 Wohnplätze für Mütter und Kinder sowie 33 Plätze für betreutes Wohnen.

„Ab 4 Mai: Besuche wieder möglich“, heißt es in roten Buch-

staben am Eingang des Kolpinghauses in der Maria-Rekker-Gasse 9. Und gleich darunter: „Es gelten jedoch strenge Regeln“. Bis es einmal so weit war, war es ein weiter Weg. Von 13. März bis 4. Mai galt hier im Haus ein Besuchsverbot, mit Ausnahme der PalliativpatientInnen durfte niemand im Haus Angehörige empfangen. Eine Herausforderung für BewohnerInnen, Angehörige – und MitarbeiterInnen.

## PLÖTZLICH WAR ALLES ANDERS

Der Ausbruch der Corona-Pandemie stellte das Leben im Kolpinghaus auf den Kopf. „Anfangs haben wir vieles aus den Medien erfahren und selbst nicht gewusst,

wie wir damit umgehen sollten“, erzählt Schamberger beim Besuch in seinem Büro. Anrufe der Angehörigen häuften sich: „Was ist da los?“. Auch die rund 220 Angestellten waren nervös: „Was, wenn ich selbst infiziert bin?“ „Für die Bewohnerinnen und Bewohner war von einem Tag auf den anderen plötzlich alles anders“, erklärt Schamberger. Kein Besuch mehr, keine Gruppenaktivitäten, kein gemeinsames Essen im Speisesaal, kein Kontakt zu anderen BewohnerInnen. Das habe vielfach Ängste, auch Depressionen, bei den Betroffenen ausgelöst.

Hinzu kam, dass man auf so eine Situation nur unzureichend vorbereitet war. „Denn bei uns hat anfangs alles gefehlt“, erzählt der

### ZUR PERSON:

**Jürgen Schamberger**, 37, ist in Oberösterreich, Bezirk Braunau, geboren. Nachdem er eine Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann abgebrochen hatte, machte er eine Ausbildung zum Pflegehelfer und Altenfachbetreuer. Seit 2004 lebt er in Wien und arbeitet im Kolpinghaus in Favoriten. Seit 2006 ist er Betriebsratsvorsitzender.

Betriebsrat. Teilweise hätten PflegerInnen einen ganzen Tag lang dieselbe Maske getragen, einfach weil nicht mehr auf Lager waren – und es auch am Markt keine zu kaufen gab. „Hätte es wirklich Infektionsfälle im Haus gegeben, wären wir mit unserer Schutzausrüstung nicht lange ausgekommen“, meint Schamberger.

### **„ICH SCHLEICHE MICH NICHT INS HOME-OFFICE, VERSTECKE MICH NICHT DAHEIM“**

Es blieb bei einigen Verdachtsfällen. An den ersten Verdacht kann sich Schamberger noch genau erinnern. „Das war ein sehr intensives Erlebnis.“ Schamberger, als Betriebsratsvorsitzender eigentlich freigestellt, entschloss sich daraufhin, wieder in die Pflege zurückzukehren. Rund sieben Wochen half er beim betreuten Wohnen mit aus. „Mir war wichtig“, erklärt er, „ein Zeichen zu setzen, ein Signal für Kolleginnen und Kollegen, um ihnen die Angst etwas zu nehmen: Ich schleiche mich nicht ins Home-Office, verstecke mich nicht daheim, sondern ich bin bei euch. Wir machen das gemeinsam.“

### **NUN BEGINNT DIE AUFARBEITUNG**

Seit Anfang Mai ist der 37-Jährige wieder freigestellt. Und beginnt vermutete arbeitsrechtliche Verstöße aufzuarbeiten, die in den Turbulenzen der letzten Wochen und Monate untergingen. Dabei geht es um gängige Sachen, wie um die Frage, ob Überstunden auch korrekt verrechnet wurden. Und um kniffligere Fälle, wie jene seiner 22 KollegInnen aus der Slowakei. Viele von ihnen sind PendlerInnen und standen vor einem Problem, als am 13. März plötzlich die Grenzen ge-

schlossen wurden. Sie durften die Grenze zwar passieren, hätten sich aber zurück in der Slowakei 14 Tage in Heimquarantäne begeben müssen. Das stellte auch das Kolpinghaus vor Herausforderungen, denn plötzlich fielen rund ein Dutzend PflegerInnen weg, die meisten von ihnen diplomiert, also nicht ohne Weiteres zu ersetzen. Innerbetrieblich konnte man das kompensieren, meint Schamberger, mit viel „Teamgeist“ – und Urlaubssperren. Für die slowakischen PflegerInnen bedeuten zwei Wochen Quarantäne zwei Wochen ausgefallene Arbeitszeit. Aber wer bezahlt dafür? „Für mich ist das eine Dienstverhinderung“,

**„HÄTTE ES WIRKLICH INFektionsFÄLLE IM HAUS GEGEBEN, WÄREN WIR MIT UNSERER SCHUTZAUSRÜSTUNG NICHT LANGE AUSGEKOMMEN.“**

**JÜRGEN SCHAMBERGER**

stellt Schamberger klar. Doch Geld aus dem Quarantänefonds gebe es dafür nicht.

Für den Betriebsrat Schamberger waren März und April herausfordernde Zeiten. Von einem Tag auf den anderen wurden Überstunden und Ruhezeitverletzungen möglich. „Und als Betriebsrat hatte ich nicht viele Möglichkeiten, das zu kontrollieren, denn es war in diesem Fall rechtens, weil das Arbeitszeitgesetz entsprechend geändert wurde.“ Laut Schamberger werden solche und ähnliche Fälle wohl demnächst vor dem Arbeits- und Sozialgericht landen.

### **WENN DER APPLAUS VERHALT...**

Ohne das Arbeits- und Sozialgericht würde wohl auch er selbst nicht mehr in der Maria-Re-

ker-Gasse arbeiten. Der Oberösterreicher war 2004 nach Wien gekommen und sollte 2006 den scheidenden Betriebsratsvorsitzenden im Kolpinghaus ablösen. „Ich habe dann angefangen, meine Leute zusammen zu suchen und die Wahl zum Wahlvorstand einzuleiten. Am Tag der Wahl, ich kam gerade vom Nachtdienst, bekam ich die Kündigung“. Offiziell eine unbegründete Kündigung. „Das habe ich mir nicht gefallen lassen.“ Die Wahlen ließ er trotzdem abhalten, zog vors Arbeits- und Sozialgericht und bekam nach sechs Monaten die Bestätigung: Die Kündigung enthält einen Formfehler und ist damit nichtig. Kurz darauf wechselte die Geschäftsführung, das Verhältnis zwischen Betriebsrat und Leitung sei seither deutlich harmonischer.

Im Kolpinghaus in Wien-Favoriten kehrt langsam wieder Normalität ein. In einem eigens eingerichteten BesucherInnenzentrum dürfen BewohnerInnen ihre Angehörigen empfangen. Für die Beschäftigten im Haus waren diese außergewöhnlichen Wochen auch auf eine andere Weise außergewöhnlich: Erstmals wurde man in der breiten Masse als „systemrelevant“ wahrgenommen; eine Zuschreibung, mit der bis dato nur Banken und milliardenschwere Großkonzerne bedacht wurden. „Das hat vielen gut getan“, erzählt Schamberger. Plötzlich waren sie es, die beklatscht wurden, im Fokus der Öffentlichkeit standen. „Umso deprimierender und ernüchternder, dass jetzt, da der Jubel weg ist, die finanzielle Wertschätzung nicht kommt, dass das jetzt schon wieder alles vergessen ist.“ ●

Johannes Gress



# Journalismus unter Corona-Einfluss

Aktuelle Personalkürzungen und Presseförderungen stoßen in der vierten Macht des Staates sauer auf.

**K**ooperative Führungsstile in Unternehmen sind in aller Munde. Dank journalistischer Berichte über Best practice-Beispiele ist im 21. Jahrhundert hinlänglich bekannt, dass mit MitarbeiterInnen respektvoll umzugehen ist und diese in Entscheidungen so weit als möglich einzubinden sind. In Österreich stellt diesbezüglich ausgerechnet die nationale Nachrichtenagentur, die Austria Presse Agentur (APA), momentan eine unrühmliche Ausnahme dar.

## 25 JOBS WERDEN BEI DER APA EINGESPART

Denn das Coronavirus COVID-19 richtet Schaden an sowohl in psycho-physischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Geschäftsführer Clemens Pig-

kam daher auf die findige Idee, dass – beginnend inmitten der Corona-Krise – 25 Jobs bei der APA bis Ende 2022 einzusparen seien. Verkündet wurde der Stellenabbau per Videobotschaft an die Belegschaft.

Dass qualitätvolle Information in Zeiten wie diesen von vielen Menschen besonders dringend gesucht und auch geschätzt wird, über diese Tatsache schien er geflissentlich hinwegsehen zu wollen. „Stellenabbau als Dank“ gleicht aus Sicht der MitarbeiterInnen wie Arbeitnehmervertretungen einem Hohn. Der Aufschrei in der Branche war und ist enorm.

„Das Vorgehen ist eine bodenlose Frechheit“, findet Eike Kullmann, Vorsitzender der JournalistInnengewerkschaft in der GPA-

djp, gewohnt klare Worte. Es sei „indiskutabel“, Beschäftigte präventiv zu kündigen, weil vermutlich die kommenden Jahre wirtschaftliche Einbrüche bringen. Zudem habe die Geschäftsführung den Betriebsrat nicht rechtzeitig informiert und so die Sozialpartnerschaft konterkariert.

## KOLLEKTIVVERTRAG ZU TEUER?

Der Kollektivvertrag (KV) kommt sozialpartnerschaftlich zwischen ArbeitnehmerInnen und Wirtschaftsvertretung, in diesem Fall dem Verband Österreichischer Zeitungen (VÖZ), zustande. Dieser wird von der APA übernommen – und dient jetzt als Vorwand für die Einsparungsmaßnahmen. Das Instrument Kollektivvertrag macht ja die Ge-

haltskosten planbar. Dass diese nicht mehr leistbar wären, wurde von der Geschäftsführung bei den jüngst abgeschlossenen Gehaltsverhandlungen in keiner Weise angesprochen, so Kullmann.

Hinzu kommt: Die Presseagentur ist eine Genossenschaft im Besitz des ORF und der österreichischen (Qualitäts-)Tageszeitungen. Die GenossenschaftlerInnen profitieren von einem Sparkurs. Die COVID-19-Pandemie auszunützen für Kürzungen hat in den Augen des Journalismustengewerkschaftschefs jedoch „eine fatale Signalwirkung“ für alle Medien.

Neben zahlreichen ArbeitnehmervertreterInnen fordert der Medien-Watchdog Reporter ohne Grenzen (RSF) Österreich die Chefredaktion sowie die Geschäftsführung der APA auf, die Job-Kürzungen zu stoppen und mit dem Betriebsrat auf Augenhöhe Alternativen zu erörtern.

#### **PERSONALABBAU BEDEUTET QUALITÄTSVERLUST**

„Dass ein Personalabbau in diesem Ausmaß immer auch einen qualitativen Verlust bedeutet, ist der APA-Geschäftsführung vermutlich klar“, meint RSF-Präsidentin Rubina Möhring. „Doch anscheinend wird ein Qualitätsverlust bei Österreichs zentralem Nachrichtenproduzenten in Kauf genommen.“

Der Aufschrei und die Solidaritätsbekundungen aus den anderen Redaktionen sowie von Gewerkschafts- und JournalismusvertreterInnen haben der Belegschaftsvertretung in der APA viel unterstützende Kraft gegeben, bestätigt Betriebsratsvorsitzende Andrea Tretter im Interview. Zumal sie sich in einer

schizophrenen Rolle befindet: Es heißt Überzeugungsarbeit bei der Geschäftsführung zu leisten, dass diese von weiteren betriebswirtschaftlichen Kürzungen abrückt und dass jene MitarbeiterInnen, die „einvernehmlich“ gegangen werden sollen, so lange wie möglich abgesichert bleiben – in der Corona-Krise, von der niemand

### **„ES IST INDISKUTABEL BESCHÄFTIGTE PRÄVENTIV ZU KÜNDIGEN, WEIL VERMUTLICH DIE KOMMENDEN JAHRE WIRTSCHAFTLICHE EINBRÜCHE BRINGEN.“**

**EIKE KULLMANN**

weiß, wie lange sie dauern wird.

Das Arbeitsklima hat sich – wenig verwunderlich – deutlich zum Negativen verändert, „in der Belegschaft herrscht große Unruhe“, schildert die Betriebsratschefin. Die Stimmung insbesondere unter den rund 170 journalistischen MitarbeiterInnen – sowohl Teilzeit- als auch Vollzeit-Beschäftigte, denn „für mich zählen die Menschen“ und nicht nur „Vollzeitäquivalente“ – beschreibt sie als „aufgewühlt“. Aus der Belegschaft nehmen einzelne bereits das Wort „Streik“ in den Mund, obwohl der Betriebsrat ausdrücklich lösungsorientiert denkt und Streik immer das letzte Mittel sei, betont Andrea Tretter. Die Verhandlungen mit der Geschäftsführung dauerten bei Redaktionschluss noch an.

#### **KEINE PERSONALKÜRZUNGEN BEI KRONE HIT**

Gänzlich anders und sehr wohl kooperativ ist in der bisher schwersten Krise des 21. Jahrhunderts das Verhältnis zur Geschäftsführung in manch anderer Redaktion. Etwa bei dem Privatradiosender Kronehit wird der Sparstift nicht beim Personal an-

gesetzt. Freilich gibt es Umsatzeinbußen aufgrund des eingebrochenen Anzeigenvolumens. Aber es werde abgewartet, wie sich die Corona-Situation wirtschaftlich bis zum Jahresende entwickelt, erzählt Betriebsratsvorsitzende Nadine Sauer. Ein kleiner Teil der Belegschaft wurde in Kurzarbeit geschickt – ein Instrumentarium, von dem in der APA übrigens überhaupt nicht Gebrauch gemacht wurde.

Es gebe bei Kronehit zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung „ein ausgezeichnetes Verhältnis“, sagt Sauer. Sie hat zudem vorausschauend ein Netzwerk von BetriebsrätInnen

der mehr als 20 österreichischen Privatradiosender initiiert. „Wir sind der größte Privatsender Österreichs und wollten damit auch ein Bewusstsein schaffen, dass die privaten Sender gute Arbeit leisten und ebenfalls systemrelevant sind.“

#### **ERSTE POSITIVE SIGNALE**

Langsam springen die Insebrate wieder an. Oktober und November sind laut Nadine Sauer traditionell starke Werbemonate. Klar ist, dass Medien zusätzlich auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Hier stoßen sich BranchenvertreterInnen insbesondere an der Corona-Presseförderung. Ausschließlich an der Druckauflage orientiert, sponsert sie denn auch Boulevard- und Gratiszeitungen. Von der Türkis-Grünen Regierung wird daher gefordert, das zu ändern und die Subventionierung an Qualitätskriterien wie Presseratmitgliedschaft und KV-Einhaltung zu binden. ●

Heike Hausensteiner



# Faktencheck: Was Arbeitgeber jetzt tun müssen, um ihre Beschäftigten zu schützen

Nach den ersten Lockerungen der Corona-Maßnahmen ist in vielen Unternehmen das schrittweise Wiederhochfahren des Betriebes in vollem Gange. Normalität ist aufgrund der nach wie vor bestehenden Infektionsgefahr noch nicht eingeleitet. Wir informieren darüber, wie richtige Maßnahmen und Vorkehrungen in der Praxis aussehen sollen. Grundlage dafür sind Empfehlungen der Arbeitsinspektion aus dem Handbuch COVID-19: Sicheres und gesundes Arbeiten.

**?** Welche Vorkehrungen müssen zum Schutz vor Ansteckung am Arbeitsplatz getroffen werden?

**✓** Die Bewertung von Risiken und die Festlegung geeigneter Maßnahmen bilden immer den Ausgangspunkt für einen wirksamen Schutz der Gesundheit und Sicherheit von ArbeitnehmerInnen. Das gilt auch bezüglich der Infektionsgefahr mit dem Coronavirus. Die betrieblich festgelegten Maßnahmen zum ArbeitnehmerInnenschutz sind vor diesem Hintergrund zu überprüfen, entsprechend anzupassen bzw. zu erweitern. Die Covid-Verordnungen des Gesundheitsmi-

nisteriums sehen diesbezüglich verpflichtende Vorgaben vor. Dennoch hat letztlich jeder Betrieb entsprechend der bestehenden Rahmenbedingungen und Gefahrensituationen geeignete Maßnahmen festzulegen.

**?** Dürfen Beschäftigte und Betriebsrat bei der Festlegung von Schutzmaßnahmen mitreden?

**✓** Die Verantwortung dafür trägt zwar der Arbeitgeber, bei der Festlegung von Schutzmaßnahmen, beispielsweise bei der Auswahl persönlicher Schutzausrüstung, muss aber der Be-

triebsrat beteiligt werden. Bestimmte Maßnahmen können den Abschluss einer Betriebsvereinbarung erforderlich machen. Auch die betroffenen Beschäftigten sollten selbstverständlich miteinbezogen werden und unabhängig davon, welche Schutzmaßnahmen getroffen werden, müssen Beschäftigte auch entsprechend unterwiesen werden.

**?** Was sind die wichtigsten Schutzvorkehrungen?

**✓** Schon oft gehört, nach wie vor aktuell und effektiv: Regelmäßig Händewaschen, Mindestabstand von ein bis zwei Metern einhalten, richtige Husten-

etikette, kein Händeschütteln und bei Krankheitsanzeichen zu Hause bleiben.

## **? Welche Hygieneregeln sind im Betrieb zu beachten?**

✓ Aufgrund des Corona-Infektionsrisikos ist die auf Grundlage der Arbeitsstättenverordnung bestehende Verpflichtung, für hygienische Bedingungen in der Arbeitsstätte zu sorgen, essentiell. Das betrifft insbesondere Sanitärbereiche und Waschräume bzw. alle Bereiche, die von mehreren Menschen frequentiert werden, wie Pausenräume und Sitzungszimmer. Es ist zu überprüfen, ob bislang übliche Maßnahmen ausreichen, oder zusätzliche Vorkehrungen erforderlich sind. Dazu kann das Bereitstellen von Desinfektionsmitteln oder das zusätzliche Reinigen und Desinfizieren von Flächen und Türgriffen zählen.

Regelmäßiges Lüften, mehrmals täglich, verbessert die Hygiene und mindert das Infektionsrisiko. Durch den richtigen Einsatz von Lüftungs- und Klimaanlageanlagen wird das Infektionsrisiko gesenkt: Umluftanteile wenn möglich zugunsten von Außenluftanteilen reduzieren, Funktionsweise von Anlagen überprüfen, um das Ansammeln von Viruspartikeln zu verhindern.

## **? Wie sind die Abstandsregeln im Betrieb umzusetzen?**

✓ Wenn nicht durch andere Schutzmaßnahmen z.B. Einzelbüros, Trennwände, Scheiben etc. das Infektionsrisiko minimiert werden kann, ist für einen Abstand von mindestens ein bis zwei Metern zwischen Personen am Ort der beruflichen Tätigkeit zu sorgen. Als eine solche Schutzmaßnahme gilt beispielsweise

auch eine Plexiglaswand als räumliche Trennung. Diese muss ausreichend hoch und breit sein, um das Auftreffen von Tröpfchen zu verhindern. Die erforderliche Größe der Plexiglaswand hängt vom Abstand der Person ab, vor deren Tröpfchen geschützt werden soll. Der Schutz durch die Trennwand ist dann auch mit jener eines Gesichtsschutzes (z.B. Visier) vergleichbar. ArbeitnehmerInnen müssen daher auch nicht zusätzlich einen solchen tragen.

Weiters sind für Risikobereiche, etwa Orte, an denen es zu hoher KundInnenfrequenz oder zum Zusammentreffen mehrerer Beschäftigter kommt, geeignete Vorkehrungen zu treffen.

Besonders zielführend sind organisatorische Maßnahmen. Hier gibt es vielfältige Möglichkeiten, beispielsweise die Senkung der Anzahl anwesender Personen in der Arbeitsstätte durch Home-Office, die zeitliche Staffelung von Arbeitsende bzw. -beginn oder Adaptierungen bei den Pausenzeiten, ebenso wie Videokonferenzen oder Konzepte für Zutritt und Umgang mit betriebsfremden Personen.

## **? Wann müssen am Arbeitsplatz Masken und/oder Handschuhe getragen werden?**

✓ Die Verordnungen des Gesundheitsministeriums verpflichten in bestimmten Bereichen zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, beispielsweise Fahrgäste in öffentlichen Verkehrsmitteln und im medizinischen Bereich, z.B. in Apotheken. Insbesondere dort, wo die Ein-Meter-Abstandsregel nicht eingehalten werden kann und auch keine räumliche Trennung möglich ist (z.B. durch Plexiglasscheiben), ist die Verwendung einer Maske eine

mögliche und in der Praxis weiter verbreitete Schutzmaßnahme. Auch ein transparentes Kunststoffschild ist als Schutzvorkehrung möglich und kann eine gute Alternative darstellen, weil dadurch das ständige ins Gesicht Greifen vermieden wird. Das Tragen einer Maske wird jedenfalls im Betrieb festgelegt und zwischen Arbeitgeber und Beschäftigten vereinbart. In manchen Bereichen, z.B. im Gesundheitssektor, besteht eine gesetzliche Verpflichtung zum Tragen einer Gesichtsmaske, für die auch spezielle Qualitätsanforderungen gelten. Ansprechpartner hinsichtlich Einsatz und Auswahl der richtigen Maske bzw. Vorkehrung sollte der/die zuständige ArbeitsmedizinerIn sein.

Auch der Einsatz von Handschuhen im Betrieb ist zu vereinbaren und der Umgang damit klar zu regeln. Handschuhe können zwar einen Schutz bieten, bergen aber bei unsachgemäßer Handhabung auch zusätzliche Infektionsrisiken. Jedenfalls belastet das Tragen von Handschuhen die Haut. Die Erstellung eines Hautschutzplanes für richtige Reinigung und Pflege ist daher erforderlich und auch diesbezüglich sollte der/die zuständige ArbeitsmedizinerIn initiativ werden.

## **? Was passiert, wenn im Betrieb jemand an Corona erkrankt?**

✓ Es sollte eine Handlungsanleitung erstellt werden, wie rasch vorgegangen werden kann, wenn ein/e Beschäftigte an Corona erkrankt oder krankheitsverdächtig ist, mit dem Ziel, den Kontakt zu KollegInnen und anderen Personen zu verhindern. Auch bei der Festlegung der diesbezüglichen Schritte muss der Betriebsrat beteiligt werden. ●

Isabel Koberwein



# Was darf der Chef verlangen?

Die ÖGB-AK-Hotline läuft seit Wochen heiß, aber auch in unseren Regionalgeschäftsstellen rufen täglich Mitglieder an, die sich im COVID-19-Gesetzesdschungel nicht mehr auskennen und wissen möchten, was denn nun eigentlich gilt.

## Mehr Infos

zum Thema Arbeitsrecht finden Sie auch unter: [https://bit.ly/Kompetenz\\_Recht](https://bit.ly/Kompetenz_Recht)



**E**ines dieser Mitglieder ist Liliane P., die sich telefonisch meldet. „Ich arbeite an einer Kasse im Supermarkt“, schildert sie ihre Situation, „und trage den ganzen Tag eine Maske, obwohl ich hinter einer Plexiglasscheibe sitze. Das ist äußerst unangenehm, aber mein Chef meint, so wäre das nun einmal vorgeschrieben. Stimmt das?“ „Nein“, lautet dazu die Antwort des GPA-djp-Rechtsberaters, „das war bis 30. April so, seit 1. Mai regelt eine Verordnung, dass Beschäftigte im Kundenbereich von Geschäften und Dienstleistungsunternehmen die Maske nur dann tragen müssen, wenn sie nicht durch andere Maßnahmen wie eben eine Plexiglasscheibe geschützt sind.“ Er erklärt Liliane P., dass sie an der Kasse keine Maske tragen muss, sehr wohl aber für

den Fall, dass sie den Kassenbereich verlässt und sich im Kundenbereich aufhält.

„Und wenn mein Chef trotzdem darauf besteht, dass ich eine Maske trage?“, fragt sie. Dann muss der Arbeitgeber darauf aufmerksam gemacht werden, dass dort, wo keine behördliche Maskenpflicht besteht, das Tragen einer Maske nicht einseitig angeordnet werden darf. Vielmehr hat der Arbeitgeber das Einvernehmen mit den Beschäftigten herzustellen. „Und wo steht das?“, möchte Liliane P. wissen. „In der sogenannten Lockerungsverordnung“, erklärt ihr der Rechtsberater. „Ihr Chef findet sie im Internet.“

## DAS COVID-19-RISIKO-ATTEST

Ein ganz anderes Problem hat Anke G. Sie ruft an, weil

sie endlich die ärztliche Bestätigung erhalten hat, dass sie zur COVID-19-Risikogruppe gehört. „Ich kann meine Tätigkeit nicht im Home-Office verrichten“, erklärt sie, „und an meinem Arbeitsplatz sind Kundenkontakte unausweichlich. Habe ich einen Freistellungsanspruch?“ „Ja“, bestätigt die GPA-djp-Rechtsberaterin, „denn Kundenkontakt ist Ihnen nicht zumutbar. Die Ansteckungsgefahr ist zu groß.“ Der Arbeitgeber müsse den Arbeitsplatz so gestalten, dass eine Ansteckung mit dem Coronavirus mit größtmöglicher Sicherheit ausgeschlossen sei. Dabei müsse er auch den Weg zur Arbeit berücksichtigen, denn das Benutzen öffentlicher Verkehrsmittel sei Risikopersonen ebenfalls nicht zumut-

bar. Könnte der Arbeitgeber diese Schutzmaßnahmen nicht treffen und sei auch Home-Office nicht möglich, habe sie Anspruch auf Freistellung mit Entgeltfortzahlung.

„Mein Arbeitgeber möchte das Attest durch den Betriebsarzt überprüfen lassen“, sagt Anke G. „Das Attest wird vom behandelnden Arzt ausgestellt“, stellt die Rechtsexpertin klar, „und der Arbeitgeber muss dessen Einschätzung akzeptieren.“ „Muss ich während der Freistellung Urlaub nehmen?“, will Anke G. noch wissen. „Nein“, lautet die Antwort. Der Arbeitgeber habe ohnedies Anspruch auf Ersatz des an sie ausbezahlten Entgelts samt Beiträgen.

#### „ZWANGSURLAUB“

Eröd C. wehrt sich dagegen, von seinem Chef auf Urlaub geschickt zu werden. „Ich habe schon drei Wochen Alturlaub verbraucht“, sagt er am Telefon, „jetzt ist Schluss.“ Er arbeitet in einem Dienstleistungsunternehmen, das nach der vorübergehenden Schließung aufgrund eines behördlichen Betretungsverbotes nun wieder geöffnet hat.

„Es kommt weniger Kundenschaft als erwartet“, räumt er ein, „weswegen der Chef verlangt, dass alle Beschäftigten je einen Tag arbeiten und einen Tag daheim bleiben. Der Tag daheim gilt als Urlaub, wer keinen mehr hat, soll Minusstunden machen. Mich hat der Chef darauf hingewiesen, dass ich noch zwei Wochen Urlaub aus dem laufenden Urlaubsjahr konsumieren muss. Das stimmt doch nicht, oder?“

„Nein, das stimmt so nicht“, beruhigt ihn der Rechtsexperte. „Solange Ihre Arbeitsleistung aufgrund des Betretungsverbotes nicht erbracht werden kann-

te, hatten Sie tatsächlich die Verpflichtung, Alturlaub abzubauen. Nun ist aber wieder geöffnet und Sie sind arbeitsbereit. Verzichtet Ihr Chef tageweise auf Ihre Arbeitsleistung, muss er Ihnen trotzdem das volle Entgelt bezahlen und darf weder Urlaubsverbrauch noch das Anhäufen von Minusstunden verlangen. Dass weniger Kundenschaft als erhofft kommt, ist das wirtschaftliche Risiko des Arbeitgebers, das nicht auf die Beschäftigten abgewälzt werden darf.“ „Auch wenn wirklich weniger zu tun ist?“, vergewissert sich Eröd C. noch einmal. „Ja!“, lautet die Antwort. Der Arbeitgeber könne beispielsweise Kurzarbeit beantragen.

#### SONDERBETREUUNGSZEIT

Ein völlig anderes Problem hat Anna F. Sie ist Mutter einer 7-jährigen Tochter und ihr Chef hat ihr Sonderbetreuungszeit gewährt, weil in der Schule immer noch kein Normalbetrieb herrscht. Nun sagt er, Anna F. müsse die Sonderbetreuungszeit im Block nehmen, weil er sonst ihr Entgelt nicht ersetzt bekomme. Ihr wäre es aber lieber, sie könnte die Betreuungszeit tageweise nehmen und so die Zeiten ohne Unterricht abdecken.

Die Rechtsberaterin kann sie beruhigen, Annas Chef ist offenbar nicht gut informiert. Sonderbetreuungszeit steht im Ausmaß von maximal drei Wochen zu. Sie kann im Block, wochenweise, tageweise und halbtagesweise verbraucht werden. In jedem dieser Fälle erhält der Arbeitgeber 1/3 des ausbezahlten Entgelts ersetzt. Der Arbeitgeber hat also keinen finanziellen Nachteil, wenn die Sonderbetreuungszeit tageweise verbraucht wird. ●

Andrea Komar



### Veränderte Arbeitswelt

Die gesetzlichen Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus (SARS-CoV-2) haben die Arbeitswelt verändert. Aufgrund von Geschäftsschließungen und Betretungsverboten befinden sich über eine Million Menschen in Kurzarbeit oder haben ihre Arbeit verloren. Andere Büros und Betriebsstätten sind gähnend leer, die Belegschaft arbeitet seit zwei Monaten im Home-Office. Erst langsam, Schritt für Schritt, wird die Wirtschaft wieder hochgefahren.

Auch unsere Beratungstätigkeit erfolgt zurzeit über Telefon und Email-Korrespondenz.

Dieser Artikel soll einen Überblick über die häufigsten Fragen zu COVID-19 geben.

#### Rechtsexpertin Andrea Komar

ist Leiterin der Rechtsabteilung der GPA-djp und Autorin der Rubrik RECHT in der KOMPETENZ.

#### Die GPA-djp hilft

Haben Sie arbeitsrechtliche Fragen wie diese? Unsere Expertinnen und Experten wissen eine Antwort!

Rufen Sie uns einfach an unter 050501 301 oder schreiben Sie uns ein Mail an [service@gpa-djp.at](mailto:service@gpa-djp.at)

Oder wenden Sie sich direkt an die GPA-djp in Ihrer Region.

Alle Kontakte finden Sie unter: [www.gpa-djp.at/kontakt](http://www.gpa-djp.at/kontakt)





WIR SCHAFFEN DAS

# Sicheres Wohnen in Krisenzeiten

Gerade in unsicheren Zeiten wird bewusst, wie wichtig gute PartnerInnen in allen Lebenslagen sind. Die „soziale Festung Österreich“ zeigte mit aller Deutlichkeit, wie stark der Zusammenhalt im ganzen Land ist, wenn es darauf ankommt, aber auch wer die wirklichen LeistungsträgerInnen in unserer Gesellschaft sind.

Wer hält Österreich am Laufen? Nein, es sind nicht die GroßverdienerInnen in unserem Land! Es sind die kleinen Angestellten, die Menschen, die im Supermarkt die Regale einräumen oder hinter der Kassa sitzen, wenn andere das Haus nicht mehr verlassen dürfen oder wollen. Es sind die vielen guten Seelen im Gesundheitswesen, von denen einige noch vor der COVID-19-Pandemie wegen möglicher Spitalsschließungen um ihren Arbeitsplatz gezittert haben.

## IST ÖSTERREICH MEDIZINISCH ÜBERVERSORGT?

Die Kritiker sind bereits verstummt, denn mittlerweile ist uns allen bewusst, wie sehr Österreich dieses Gesundheitssystem, das über viele Jahrzehnte unter sozialdemokratischer Federführung aufgebaut wurde und erst im Vorjahr von der türkis-blauen Regierung durch Demokratieabbau und Zusammenlegungen entscheidend geschwächt wurde, weiterhin benötigt. Österreich kann von einem ausgesprochenen Glück

sprechen, dass die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf unser Gesundheitssystem durch die damaligen Regierungsparteien zum Zeitpunkt des Pandemieausbruchs in Österreich noch nicht weit genug fortgeschritten waren und daher unsere medizinische Versorgung noch in einem ausreichenden Maß gegeben war. Glücklicherweise!

## DIE VERGESSENEN DER BUNDESREGIERUNG

Aber es gibt auch SystemerhalterInnen, die in der Öffentlichkeit nur kaum als solche wahrgenommen wurden. Wie auch? Hat unsere Bundesregierung doch stets nur bestimmte Personengruppen vor den Vorhang geholt, aber natürlich auch mit Eigenlob in keinsten Weise gespart.

Ein sehr treffendes Beispiel für eine vergessene Personengruppe der „SystemerhalterInnen“ sind all jene Menschen, die für den Bereich „Wohnen“ verantwortlich zeichneten. Was ist, wenn z.B. der Aufzug oder das Licht im eigenen Wohnhaus in Zeiten der Pandemie ausfällt? Was ist,

wenn die Reinigung von Wohnhäusern vernachlässigt wird? Erfreulicherweise ist nicht viel passiert, denn all diese Dinge, die zu einer ordentlichen Hausverwaltung gehören, haben auch in den schwersten Stunden reibungslos weiter funktioniert.

Ihre tägliche Arbeit kann nur bedingt aus dem Home-Office erledigt werden. Die HausbesorgerInnen oder die Reinigungskräfte können ihre Reinigungs- und Betreuungstätigkeiten nicht aus den eigenen vier Wänden heraus versehen. Haustechnikfirmen können ihre Reparatur- und Wartungsarbeiten ebensowenig via Internet von zu Hause leisten.

Für die Bediensteten der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft war immer klar, dass „Wohnen“ zur Grundversorgung einer Nation gehört. Ebenso selbstverständlich war es auch für die MitarbeiterInnen unserer Wohnbauvereinigung WBVGPA, dass ein gemeinnütziger Wohnbauträger, der ja nicht nur neuen leistbaren Wohnraum für die Bevölkerung schafft, sondern viel mehr noch in Fragen der Verwaltung der mehr als



10.000 Wohnungen - gerade in Krisenzeiten - für die BewohnerInnen da zu sein hat.

Natürlich wurde den KollegInnen in Zeiten der Pandemie die Weiterführung Ihrer Tätigkeiten im Home-Office angeboten, alles kann freilich, wie schon erwähnt, nicht von zu Hause erledigt werden. Ein Krisenstab musste auch weiterhin - unter Einhaltung aller empfohlenen Schutzmaßnahmen - in der Firmenzentrale den Dienst für Österreich versehen. Weiters wurde ein Journaldienst eingerichtet, um am Bürostandort präsent zu sein und jederzeit auch operativ reagieren zu können. Von der Kurzarbeit hat die WBV-GPA, so wie die gesamte Branche, keinen Gebrauch gemacht. Im Gegenteil, die MitarbeiterInnen brauchten Alturlaubstage ohne Kurzarbeitsregelung auf. So sieht Zusammenhalt aus!

### **DIE AUSWIRKUNGEN DER PANDEMIE STOPPEN NICHT VOR DER EIGENEN WOHNUNGSTÜRE**

Die Pandemie und die einhergehende Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit haben natürlich auch enorme Auswirkung auf die finanzielle Situation vieler MieterInnen der WBV-GPA. Viele Menschen können derzeit

aufgrund von erheblichen finanziellen Einbußen nur noch schwer ihre Miete bezahlen. Auch hier war klar, dass die WBV-GPA ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden muss und hat daher sofort sämtliche Delogierungen gestoppt bzw. ausgesetzt. Darüber hinaus wurden MieterInnen, die während der Corona-Krise in Zahlungsnot gerieten, Stundungen gewährt und zugesagt für diesen Zeitraum keine Zinsen einzuheben – obwohl gesetzlich 4% Verzugszinsen erlaubt wären. Auch die diesjährigen gesetzlichen Wertanpassungen laut WGG (Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz) wurden nicht zur Gänze ausgeschöpft, um eine gewisse finanzielle Entlastung in der Krise zu ermöglichen. In besonders extremen Einzelfällen wurden sogar temporäre Mietnachteile eingeräumt.

Gemeinsam meistern wir diese herausfordernden Zeiten. Die WBV-GPA, Ihr gemeinnütziger Partner in allen Wohnungsfragen, steht Ihnen weiterhin unbürokratisch und zuverlässig zur Seite. Wir lassen niemanden zurück!

●  
Christian Swoboda

### **FREIE WOHNUNGEN**

#### **Bestehende Objekte**

**8761 Pöls**, Andreas Reingasse 10,  
3 Zimmerwohnung, 68 m<sup>2</sup>  
HWB 60,6 KWh/m<sup>2</sup>/a

**8605 Kapfenberg**, Pestalozzistraße,  
3 Zimmerwohnung, 66 m<sup>2</sup>;  
HWB 58,36 KWh/m<sup>2</sup>/a

**8053 Graz**, Frühlingstraße 35,  
2 Zimmerwohnung, 57 m<sup>2</sup>;  
HWB 48,48 KWh/m<sup>2</sup>/a

**8020 Graz**, Rebengasse 5,  
2 Zimmerwohnung, 61 m<sup>2</sup>;  
HWB 69,6 KWh/m<sup>2</sup>/a

**2640 Gloggnitz**, Stuppacherstraße 6,  
2 Zimmerwohnung, 57 m<sup>2</sup>,  
HWB 61,66 KWh/m<sup>2</sup>/a

**2603 Felixdorf**, Bräunlichgasse 11,  
3 Zimmerwohnung, 67 m<sup>2</sup>,  
HWB 50,15 KWh/m<sup>2</sup>/a

### **WOHNUNGSBERATUNG**

#### **Wohnbauvereinigung für Privatangestellte**

WBV-GPA Wohnungsservice –  
Gassenlokal  
1010 Wien, Werdertorgasse 9  
Tel.: (01) 533 34 14  
Internet: [www.wbv-gpa.at](http://www.wbv-gpa.at)  
E-Mail: [wohnungsservice@wbv-gpa.at](mailto:wohnungsservice@wbv-gpa.at)



# Urlaub storniert – wer trägt die Kosten?

Die Corona-Pandemie hat vielen einen Strich durch die Urlaubsplanung gemacht - damit beginnt das Bangen um Rückerstattung der Kosten für stornierte Reisen. Zwar scheint die Lage unübersichtlich, doch ExpertInnen können den KonsumentInnen zu ihren Rechten verhelfen.

Ich bin drei Stunden in der Warteschleife von OPODO gegangen, aber niemand hat abgehoben," erzählt Herr Rust am Telefon. Außer einer Handvoll unpersönlicher E-Mails habe er bis heute „nichts von seinem Geld gesehen.“ Maximilian Rust ist sichtlich verärgert. Mitte März wollte er mit Freundinnen für ein paar Wochen nach Nepal fliegen. Wegen der rasanten Ausbreitung der Corona-Pandemie sollte er an seinem Urlaubsort zwei Wochen in Quarantäne verbringen. Daher hat er seinen Flug drei Tage vor Beginn storniert. Seitdem ist für Max Rust unklar, ob er seine Buchung über 750 Euro rückerstattet bekommt. Und damit ist er nicht allein.

Vielen Menschen machte das Coronavirus einen Strich durch ihre Urlaubspläne. In vielen Fällen ist

unklar, wer die Kosten für die ausgefallenen oder stornierten Flüge trägt. Die Reisebranche ist stark von der Wirtschaftskrise getroffen, in Zeiten von Verdienstentgang, Kurzarbeit und hoher Arbeitslosigkeit ist für viele KonsumentInnen aber die Rückerstattung ihrer Reisekosten besonders wichtig um über die Runden zu kommen.

## DUTZENDE ANFRAGEN TÄGLICH

Täglich gehen dutzende Anfragen bei KonsumentenschützerInnen zum Thema Reisestornos ein - allein die Arbeiterkammer Wien verzeichnet bei einem einzigen Facebook-Posting zum Thema hunderte Kommentare von Menschen, deren Urlaub sich in Luft aufgelöst hat. Emanuela Prock, Juristin in der Konsumenten-

schutz-Abteilung der Arbeiterkammer Wien sorgt dafür, dass sie alle zu ihrem Recht und im besten Fall zu ihrem Geld kommen. Viele brauchen den Rat von ExpertInnen, denn für Laien ist die Rechtslage alles andere als übersichtlich.

„Man muss erst mal unterscheiden zwischen Pauschal- und Individualreisen“, erklärt die Juristin. Pauschalreisen kombinieren mindestens zwei Reiseleistungen (z.B. Beförderung und Unterbringung) zu einem Gesamtentgelt. Bei Problemen ist der Reiseveranstalter Ansprechpartner, „das ist im Fall eines Stornos von Vorteil,“ so Prock. Dabei sind KundInnen auch gegen eine mögliche Insolvenz des Reiseveranstalters abgesichert.

Anders ist dies bei Individualreisen bei denen jedes Angebot einzeln

gebucht wurde: Flug, Hotel, Ausflüge vor Ort etc. Im Problemfall müsse man sich hier mit dementsprechend vielen AnsprechpartnerInnen auseinandersetzen.

### **KOSTENLOSES STORNO BEI REISEWARNUNG**

Reisewarnungen der Stufe 6 oder 5, wie sie derzeit viele Staaten wegen der Corona-Pandemie betreffen, bieten Pauschalreisenden das Recht kostenlos zurückzutreten. „Das heißt aber nicht, dass man ohne Reisewarnung nicht kostenfrei von der Reise zurücktreten kann,“ erklärt Emanuela Prock.

Was aber, wenn sich die Lage am Urlaubsort seit der Buchung dramatisch geändert hat? Ausgangssperren, Einreisebeschränkungen, hohe Ansteckungsgefahr? Wie etwa im Fall Maximilian Rusts: Er sollte nach Ankunft in Nepal Mitte März einen Teil seines Urlaubs in Quarantäne verbringen.

Bucht man eine Reise, geht man davon aus, das jeweilige Land auch betreten und sich dort erholen zu können und sich nicht in Quarantäne begeben zu müssen. „Ist diese Grundlage nicht mehr gegeben, kann der Kunde meiner Einschätzung nach kostenlos zurücktreten,“ so die Juristin von der Arbeiterkammer. Maximilian Rusts abgesagter Flug sei aber kein ganz eindeutiger Fall, noch gäbe es dazu keine gültige Rechtsprechung. Letzten Endes müsse wohl ein Gericht entscheiden, ob es zumutbar gewesen wäre, die Reise anzutreten und ob Herr Rust das Geld zurückbekommen müsse.

### **PROBLEME MIT BUCHUNGSPattformen**

Viele Buchungen, wie auch die besagte Nepalreise, werden über Plattformen wie Opodo oder Flugladen abgewickelt. „Da solche Plattformen nur eine Vermittlerposition einnehmen, muss man sich bei Rückforderungen direkt an das Flugunternehmen wenden“ erklärt die Juristin Prock.

Ein Thema, das bei Konsumenten

**„DIE EU-FLUGGASTVERORDNUNG REGELT, DASS KONSUMENTINNEN KEINE GUTSCHEINE ANNEHMEN MÜSSEN.“**

**EMANUELA PROCK, AK**

tenschützerInnen immer wieder angefragt wird, sind Ersatzgutscheine: Viele Reiseanbieter und Fluglinien wollen anstatt direkter Rückzahlungen die KundInnen mit Gutscheinen an sich binden. Doch die Ausstellung eines Ersatzgutscheins ist nur mit Zustimmung der Betroffenen gestattet: „Die EU-Fluggastverordnung regelt, dass KonsumentInnen keine Gutscheine annehmen müssen.“ Freiwillig ist das zwar möglich, geht die Fluglinie aber insolvent, verfallen ihre Gutscheine. Nicht zuletzt haben Gutscheine den Nachteil, dass man bei zukünftigen Buchungen auf eine Airline beschränkt ist.

Nur, wie kann in unsicheren Zeiten noch ein Sommerurlaub geplant werden? Wie kann man in Zeiten von Corona Urlaub buchen? Auch Maximilian Rust will seinen Nepalurlaub so bald wie möglich nachholen. Dazu

hat Emanuela Prock bei der AK in den letzten Wochen besonders viele Anfragen bekommen.

In jedem Fall ist bei der Planung zu bedenken: „Ist die Gefahrensituation in unmittelbarer Nähe des Urlaubsorts außergewöhnlich hoch, können Pauschalreisende eine Woche vor Urlaubsantritt kostenfrei stornieren.“ Storniert man jedoch kurzfristig allein wegen eines Unsicherheitsgefühls, können hohe Stornogebühren anfallen.

„Letztlich ist die Urlaubsplanung derzeit ein Glücksspiel!“ so Emanuela Prock. Sie rät Informationen zu den Reisedestinationen auf der Website des Außenministeriums zu beobachten und eine eigene Einschätzung zu treffen.

Vielleicht entscheiden sich manche auch einfach dazu einen klimafreundlicheren Urlaub ohne Flug zu planen. Maximilian Rust etwa will vorerst seinen Ärger bei einer Fahrradtour wegstrampeln. ●

Christof Mackinger

**Beratung bei Reisestornos:**  
Hotline des Sozialministeriums und VKI zu reiserechtlichen Fragen:  
0800 201 211 (werktags) 9 bis 15 Uhr

[www.arbeiterkammer.at/konsumentenschutz](http://www.arbeiterkammer.at/konsumentenschutz)  
(bietet auch zahlreiche Musterbriefe an)



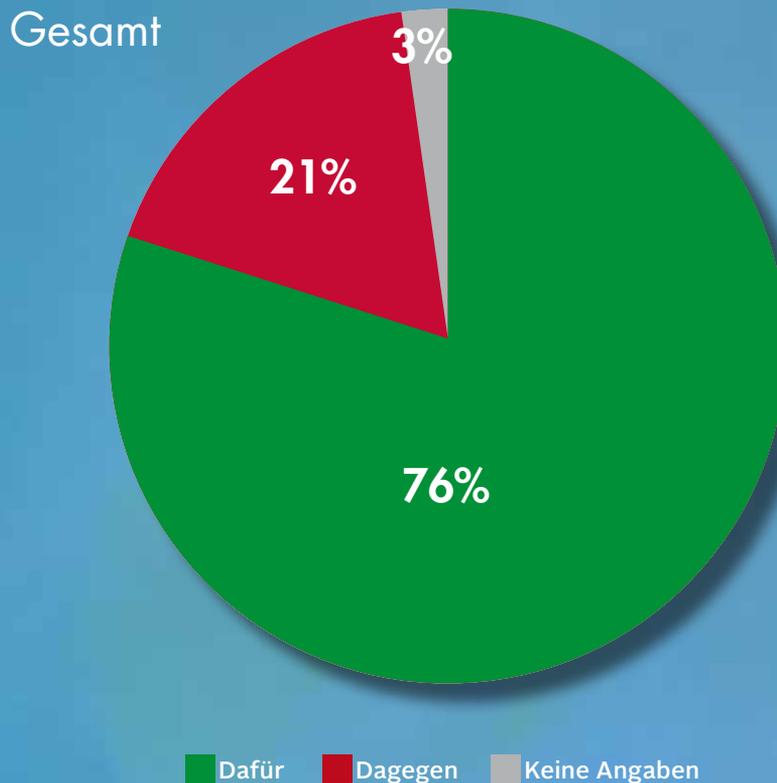
### **IMPRESSUM**

**GPA** **djp** Leserbriefes an kompetenz@GPA-djp.at • Herausgeber: ÖGB, GPA-djp, 1030 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301, service@gpa-djp.at  
Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96  
Chefredakteur: Martin Panholzer, Chefin vom Dienst: Lucia Bauer, lucia.bauer@gpa-djp.at, Assistenz: Alexander Kobinger, alexander.kobinger@gpa-djp.at  
Coverfoto: Peter M. Hoffmann • Layout und Artredaktion: Johannes Loibenböck, Layoutkonzept: Matthäus Zinner, typohese.at • Druck: Walstead Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstr. 21 • Verlagsort: Wien Herstellungsort: Neudörfel • DVR-Nr. 0046655, ZVR-Nr. 576439352 • Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: www.GPA-djp.at/offenlegung

Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingeschickte Artikel und Fotos.

# Starke Gewerkschaften

## Lehren aus der Corona Krise



Starke Gewerkschaften sind wichtig, damit auch in einer Krise auf die Interessen der ArbeitnehmerInnen geschaut wird.

**SICHER MIT DEINER  
GEWERKSCHAFT**

[www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)



**GPA djp**  
GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN  
DRUCK - JOURNALISMUS - PAPIER